

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 38.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 20. September 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Gesund an Leib und Seele sein,
Das ist der Quell des Lebens;
Es ströme Luft durch Mark und Bein,
Die Luft des tapfern Strebens.
Was man mit frischem Herzensblut
Und keckem Wohlbehagen tut,
Das tut man nicht vergebens.

Zu den kommenden zoll- und handelspolitischen Kämpfen.

Der im Jahre 1902 nach außerordentlich heftigen parlamentarischen und interparlamentarischen Kämpfen zustande gekommene und am 1. Mai 1906 in Kraft getretene Zolltarif muß bis zum Ablauf des Jahres 1917 abgeändert bzw. erneuert sein. Ferner laufen am 31. Dez. 1917 nach vorausgegangenem einjähriger Kündigung die meisten und bedeutendsten Handelsverträge ab, die Deutschland mit anderen Staaten eingegangen ist. Damals haben die Vorberatungen des neuen Tarifes und der Handelsverträge mehrere Jahre in Anspruch genommen, und auch diesmal werden all die Vorbereitungen nicht in einigen Monaten erledigt werden können. Zwei Fragen werden darum in der nächsten Zeit in dem Vordergrund des politischen Interesses stehen: die Neugestaltung unseres Zolltarifs und die Erneuerung der auf Grund des neuen Tarifs abzuschließenden Handelsverträge. Beide Fragen berühren Lebensinteressen der Textilarbeiter. Dabei wird die erste Frage sie lebhafter erfassen als die andere, weil sie ihrem Gesichtskreis näher liegt, obgleich die Schaffung guter Handelsverträge für unsere deutsche Textilindustrie von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Die Beziehungen zwischen Handelsverträgen und Zolltarif liegen ja auch gar nicht so einfach und klar zutage. Es kommt ferner in Betracht, daß sich die Erneuerung und Gestaltung der Handelsverträge der direkten Mitwirkung der Volksvertretung entzieht und fast ausschließlich ein Geschäft der Diplomatie ist. Wohl werden die Interessengruppen vorher gehört und zur Mitberatung und Mitarbeit bei den Vorbereitungen herangezogen, jedoch steht dem Reichstage nur das Recht zu, den Handelsvertrag im Ganzen anzunehmen oder abzulehnen. Das mag mit Schuld daran sein, daß für die Fragen der Handelsverträge in Arbeiterkreisen bislang weniger Interesse gefunden wurde und daß die Arbeiter durchweg nur an die Zollgesetzgebung denken, wenn von dem „System der deutschen Wirtschaftspolitik“ die Rede ist.

Der Neugestaltung des Zolltarifs von 1902 sind heftige, bis zur Leidenschaft gediehene Kämpfe vorausgegangen. Der Tarif kam in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember zustande, nachdem in einer Dauer Sitzung des Reichstages von 10 Uhr morgens bis 4 1/2 Uhr nachts die sozialdemokratische Obstruktion niedergelegt worden war. Eine Flut der Verheerung ergoß sich damals durch die deutschen Lande. Wird es diesmal weniger heiß hergehen? 1902 handelte es sich um eine vollständige Neuorientierung unserer Zollpolitik. Eine Periode verhältnismäßig niedriger Zölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die von dem zweiten Kanzler des deutschen Reiches, Caprivi, zum Zwecke der Förderung unseres industriellen Ausfuhrgeschäftes und der Anbahnung engerer zoll- und handelspolitischer Beziehungen der mitteleuropäischen Staaten untereinander eingeleitet worden war, sollte eine Zeit verhältnismäßig hochgespannten Agrarschutzes folgen. Der im Jahre 1893 als Reaktion auf die Caprivi'sche Handelspolitik gegründete Bund der Landwirte hatte durch seine jahrelange, aufsteigende Agitation und seine zum Teil ins Maßlose gehenden Forderungen

die Gegensätze wesentlich verschärft und der Sozialdemokratie ihr Verheerungswerk erleichtert. In der Industrie selber, namentlich in der Metall- und Textilindustrie, stießen die Gegensätze zwischen den Herstellern der Halbfabrikate und den Fertigwarenfabrikanten scharf aufeinander. Die Vertreter der Schwerindustrie und der Halbfabrikate zogen in manchen Punkten mit den landwirtschaftlichen Hochschutzzöllnern an einem Strang. Weite Kreise des Handels und der Fertigwarenindustrie befürchteten von dem neuen Tarif nicht bloß eine wesentliche Verteuerung der gewerblichen Produktion und der Lebenshaltung der minderbemittelten Volksschichten, infolgedessen eine Erschwerung der in- und ausländischen Verkaufsmöglichkeiten, sie hielten sogar den Abschluß neuer Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs für ausgeschlossen, mindestens für außerordentlich erschwert und stellten die Unterbindung unserer gewerblichen Ausfuhr in Aussicht. Auf beiden Seiten arbeitete man mit ganz gewaltigen Uebertreibungen. Was aber in diesem heillosen Wirrwarr und dieser fanatischen Hege an Abwehr und Aufklärung für die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft geboten wurde, war im allgemeinen recht dürftig. Es fehlte auf unserer Seite im allgemeinen an Aufklärung und Geschlossenheit.

Liegen die Dinge heute wesentlich anders als damals? Wohl steht die christlich-nationale Arbeiterschaft heute mit viel größerer Geschlossenheit und mit ganz anderem Rüstzeug den zollpolitischen Kämpfen gegenüber als vor zehn und mehr Jahren. Auch sind bei der neuen Tarifgesetzgebung nicht so tiefgehende Neuerungen zu erwarten als 1902. Wie aus gelegentlichen, amtlichen und „halbamtlichen“ Äußerungen zu entnehmen ist, hält die Regierung den jetzigen Tarif für brauchbar, um auf seiner Grundlage auch den aus der Entwicklung und Verschiebung der wirtschaftlichen Dinge neu sich hervorgetanen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Man spricht davon, daß nur eine Novelle zum Zolltarif eingebracht werden solle. Aber berechtigt uns das zu der Hoffnung, daß sich diesmal die Dinge leichter abwickeln und sich die Wogen des Kampfes weniger breit und voll durch die Lande ergießen werden als damals? Ein Blick in die Tages- und Fachpresse lehrt uns, diese Frage zu verneinen. Schon scheiden sich die Richtungen, die Kampfreihen formieren und ordnen sich und schon sind die Vorpläne im Gange. Absplittierungen und Neubildungen wirtschaftspolitischer Interessengruppen deuten darauf hin, daß namentlich in der Textilindustrie die Gegensätze scharf aufeinander schlagen werden. Den Kämpfen um die wirtschaftlichen Interessen gesellen sich die parteipolitischen hinzu. Die Sozialdemokratie wird an aufsteigender Agitation gegenüber 1902 nicht zurückstehen. Der Verband „deutscher“ Textilarbeiter wird sich zum Anwalt des Freihandels machen und mit der sozialdemokratischen Partei an einem Strang ziehen. Er wird seine Pfeile namentlich auf unseren Verband abzielen, weil dieser sich zum Zollschutz für alle schutzbedürftigen Glieder der Industrie und Landwirtschaft bekennt. So wird der zollpolitische Kampf für uns zum gewerkschaftlichen.

Zwar haben sich die linksliberalen Parteien in ihrer freihändlerischen Schwärmerei gemäßigert, aber daß sie den Kampf namentlich gegen die Getreidezölle mit großer Schärfe wieder aufnehmen werden, geht nicht bloß hervor aus den Grundsätzen und der Tradition dieser Parteien, man muß es auch schließen mit Hinblick auf die Interessengruppen, die in der Hauptsache ihre Wähler stellen. Es verdient ferner die Frage aufgeworfen zu werden, ob die landwirtschaftlichen Kreise klug und vernünftig genug sind, von neuen, weitgehenden Forderungen abzugehen und sich nicht zu widersetzen, wenn in Zukunft in unserer Zoll- und Wirtschaftspolitik auf die In-

teressen der Konsumenten und der Fertigwarenindustrie mehr Rücksicht genommen wird. Folgendes kommt den auf einen Abbau unserer Zölle hinarbeitenden Parteien zugute: Zunächst die Erstarbung der Linksparteien im Reichstage, dann die Verschlechterung des Ausfuhrgeschäftes unserer Fertigwarenindustrie und endlich die Verteuerung aller Lebensmittel, beides Erscheinungen, die, wenn auch weniger ursächlich, dann doch zeitlich mit unserem jetzigen Zolltarif zusammenfallen.

Unserm christlichen Textilarbeiterverbande erwachsen in dieser Situation ernste Aufgaben. Zunächst gilt es, unsere Mitglieder in den wichtigen Fragen der Zoll- und Handelspolitik, speziell soweit sie unsere eigene Industrie berühren, aufzuklären. Das werden wir uns in unserer Verbandszeitung mit aller Sachlichkeit angelegen sein lassen. Ferner müssen wir auch unsererseits Stellung nehmen zu den Fragen, um auch unseren Einfluß in die Wagschale werfen zu können. Das wird in dem Sinne geschehen, daß wir uns zu dem jetzt geltenden System unserer deutschen Wirtschaftspolitik bekennen, ohne indes mit allen Einzelheiten einverstanden zu sein. Wir wollen die Interessen unserer Industrie wahren; damit wahren wir auch die Interessen der Textilarbeiter als Produzenten. Aber auch der Konsumentenstandpunkt der Textilarbeiter spielt für uns eine wesentliche Rolle. Wir werden dafür eintreten, daß unsere deutsche Wirtschaftspolitik mehr auf die Wahrung der Konsumenteninteressen bedacht ist, damit nicht durch andauernde Preissteigerung sich die Lebenshaltung der Arbeiter immer weiter verschlechtert und der Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit in Frage gestellt wird. In diesem Sinne wollen wir uns an den Auseinandersetzungen beteiligen.

Die gewerkschaftliche Moral mit doppeltem Boden.

Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust,
Die eine will sich von der andern trennen.

Zu den wilden Streiks der Werftarbeiter hat das Organ des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter eine durchaus korrekte Haltung eingenommen. Es hat das statutenwidrige und untaktische Vorgehen der Werftarbeiter mit aller Schärfe verurteilt und die Stellungnahme der an den wilden Streiks beteiligten Organisationsleitungen als die einzig richtige bezeichnet. Es ist bemerkenswert, daß gerade der „Textilarbeiter“ mit solcher Entschiedenheit für die strenge Wahrung aller, in jahrzehntelanger Arbeit erprobter gewerkschaftlicher Grundsätze eintritt, denn nicht bloß hat sich der „Textilarbeiter“ wiederholt mit den jetzt von ihm vertretenen gewerkschaftlichen Grundsätzen in schroffem Widerspruch gesetzt, auch sind sie in seinem Verbandsorgan wiederholt mit Füßen getreten worden. Mit dem Verhalten der „deutschen“ Verbandsleitung während des Preßfelder Färbekampfes und der damals vom „Textilarbeiter“ vertretenen gewerkschaftlichen Moral sind sie sehr schlecht in Einklang zu bringen.

Der „Textilarbeiter“ verurteilt es mit großer Schärfe, daß die Werftarbeiter ihre eigenen Beschlüsse, die Beschlüsse der Zentralleitungen und die in den Verbandsführungen niedergelegten Vorschriften mißachteten. Er geht scharf mit dem Genossen Stadthagen ins Gericht, weil er in einer Parteiversammlung eine Resolution zur Annahme brachte, die für die Streitenden Partei ergreifend ist. Die selbstgefaßten Beschlüsse und die Verbandsführungen seien für die Mitglieder bindend. Jedes Mitglied habe die Treue gegen die eigene Organisation hochzuhalten. Genosse Stadthagen habe den „Freblern gegen Treue und Glauben im gewerkschaftlichen Kampfe“ seine Unterstützung angedeihen lassen.

Der „Textilarbeiter“ scheint nicht zu fühlen, daß er sich mit der Vertretung solcher Grundzüge selbst klaffende Ohren verabsolgt. In dem Krefelder Kampfe spielte er die Rolle des Genossen Stadthagen. Die in unserem Verbands organisierten Färber hatten zunächst in einer Konferenz und tags darauf in einer Färberversammlung mit großer Mehrheit beschlossen, die Arbeit aufzunehmen, wenn die Unternehmer die Sperre aufhoben. Wir haben von unseren Färbern die Befolgung des einmal gefassten Beschlusses, die Treue gegenüber den eigenen Beschlüssen und der eigenen Organisation, also nichts anderes verlangt, als was der „Textilarbeiter“ jetzt als ein Gebot gewerkschaftlicher Pflicht bezeichnet.

Damals aber vertrat er gerade den entgegengesetzten Standpunkt. Damals pries er den Verrat an der eigenen Organisation, den Frevel gegen Treue und Glauben als eine gewerkschaftliche Selbentat. Die bei uns organisierten Färber wurden von der „deutschen“ Verbandsleitung direkt zum Treubruch aufgefordert; und zum Lohn für ihre Zudast sollten sie die volle Streikunterstützung vom „deutschen“ Verbands erhalten. Das ist die Moral mit doppeltem Boden.

Damals vertrat der „Textilarbeiter“ die eigenartige Theorie, daß die Solidarität mit der übrigen Arbeiterschaft vor den Gegnern der eigenen Organisation und den eigenen Beschlüssen keinen Halt finde. Es gebe nur eine „Arbeiter-Solidarität“. Wenn der „Textilarbeiter“ über die Vorgänge in den Werksorten etwas tiefer nachdenkt, dann wird ihm die Unhaltbarkeit seiner damaligen Theorie einleuchten. Dann wird er auch einsehen, wie recht wir hatten, als wir damals schrieben, daß die Theorie von der allgemeinen Arbeitersolidarität das unterste zu oberst kehre. Wenn man nicht unterscheiden dürfe zwischen Arbeitskollegen und Organisationskollegen, dann gebe man ja den Grundgedanken der gewerkschaftlichen Organisation auf. Es sei ja geradezu alle gewerkschaftlichen Begriffe auf den Kopf gestellt, wenn man sage, daß der Organisationskollege mit seinem Arbeitskollegen, also selbst mit dem Unorganisierten, unter allen Umständen Solidarität zu üben habe. Für den organisierten Arbeiter kämen in erster und letzter Linie die Beschlüsse seiner Organisation in Frage. Wenn das nicht der Fall wäre, dann könnte man mit der gewerkschaftlichen Gemeinschaftsarbeit nur einpacken. Wenn lediglich die Solidarität mit dem Arbeitskollegen maßgebend sein sollte, dann könne von einer gewerkschaftlichen Ordnung und Disziplin keine Rede sein, dann herrsche innerhalb der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung die reinste Anarchie, dann mache jede Belegschaft ihre Gewerkschaftspolitik auf eigene Faust; Grundlag für ihr Handeln sei dann einzig und allein die Solidarität mit den Arbeitskollegen. Unterschiede zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern dürfe man dann nicht mehr machen, beide seien gleichwertig, sie hätten sich gegenseitig zu unterstützen. Unsere damaligen Ausführungen treffen aufs Haar für die Werksarbeiterstreiks zu. Sie sind der Ausdruck einer allgemeinen Arbeitersolidarität, die keine Organisationsgrenzen kennt, die nicht Halt macht vor den selbstgefachten Beschlüssen und Verbandsfälschungen.

Mit seiner Haltung zur Werksarbeiterbewegung steht sich der „Textilarbeiter“ auch mit seinem damaligen Streikbruchgeschrei in Widerspruch. Wenn unsere Organisation im Färberkampf nichts anders verlangte, als was jetzt die an dem Werksarbeiterkampf beteiligten Verbände unter voller Zustimmung des „Textilarbeiter“ von ihren Mitgliedern verlangen, nämlich die Treue gegen die eigene Organisation und die eigenen Beschlüsse, dann kann doch von einem Streikbruch wohl schlecht die Rede sein. Oder will der „Textilarbeiter“ die Zentralleitungen der an den wilden Streiks beteiligten Organisationen des Streikbruchs bezichtigen? Jedenfalls haben sie sich über die damals vom „Textilarbeiter“ vertretene allgemeine Arbeitersolidarität hinweggesetzt. Nun aber eine Preisfrage. Sind in der Auffassung des „Textilarbeiters“ diejenigen Werksarbeiter, die den wilden Streik nicht mitmachten und weiter arbeiteten, Streikbrecher? Das wird er doch wohl schwerlich behaupten wollen. Im Krefelder Färberkampf aber hat er unsere Mitglieder, die ihre eigenen Beschlüsse durchführten und die Verbandsfälschungen hochhielten, Streikbrecher geschimpft. Was für die Mitglieder der sozialdemokratischen Verbände recht ist, soll das für unsere Mitglieder unrecht sein?

Noch auf einen anderen Fall sei hingewiesen, der die Doppelmoral des „Textilarbeiters“ beleuchtet. Wir haben ihn zwar schon in einer der vorigen Nummern dieser Zeitung angeführt, aber der Vollständigkeit halber sei er nochmals mit herangezogen. Im Frühjahr dieses Jahres ließen sich in M.-Glabbach in einem kleinen Betriebe die Arbeiter, Mitglieder unseres und des „deutschen“ Verbandes, zu einem wilden Streik hinreißen. Unseren Mitgliedern wurde von der Verbandsleitung bedeutet, daß sie bei einem solch statutenwidrigen Vorgehen die Verantwortung selbst zu tragen und auf Unterstützung nicht zu rechnen hätten. Dem „deutschen“ Verbands war das Verhalten unserer Organisationsleitung nicht recht. Er sanktionierte das statutenwidrige Verhalten der Arbeiter und unterstützte seine Mitglieder, nach den Angaben des „Textilarbeiters“ aus dem Grunde, „weil sie nicht

Streikbrecher werden wollten“. Also: Ein wilder Streik ist „Disziplinbruch“, Frevel an der Organisation und der Arbeiterschaft, ist ein „gewerkschaftlicher Treubruch“. Wer aber diesen „Disziplinbruch“, diesen „Frevel an der Arbeiterschaft und der Organisation“, diesen „gewerkschaftlichen Treubruch“ nicht mitmacht, ist ein — Streikbrecher. Mit diesen tollen Widersprüchen über gibt sich der „Textilarbeiter“ dem Fluche der Lächerlichkeit.

Noch an einem anderen Beispiel sei die Doppelmoral des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter beleuchtet: In dem Artikel zur Werksarbeiterbewegung in Nr. 34 v. schreibt der „Textilarbeiter“ u. a. folgendes: „Wenn . . . verhindert werden soll, daß die gelben Werksvereine zu einer Gefahr für die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung werden, dann haben gerade wir dafür zu sorgen, daß keine Streiks verloren gehen. Gerade die verlorenen Streiks erleichtern die Züchtung der „Gelben“. Wie wahrte der „deutsche“ Verband diesen gewerkschaftlichen Grundlag seines eigenen Organs in Krefeld? In Krefeld hielt der „deutsche“ Verband 17 Wochen lang einen Streik hin, obwohl seine vollständige Erfolglosigkeit nach dem eigenen Geständnis des Zentralvorstandesmitglieds Jäckel für die „deutsche“ Verbandsleitung von vornherein feststand. Der Erfolg des verlorenen Kampfes ist die Gründung gelber Werksvereine in Krefeld, die gerade aus den Reihen der bisher „frei“-organisierten Färber starken Zuspruch erfahren.

Das ist die im „deutschen“ Verbands geltende Moral mit doppeltem Boden.

Keine Milderung, sondern eine Verschärfung der Steuerung.

Man hat namentlich in landwirtschaftlichen Kreisen immer wieder versucht zu können geglaubt, daß es sich bezüglich der Steuerung nur um eine vorübergehende Erscheinung handle. Nun war diese vorübergehende Erscheinung seit mehreren Jahren in jedem Jahre erneut wieder zu beobachten, und auch für die kommende Zeit ist keine Milderung, wohl aber eine Verteuerung der Lebenshaltung zu erwarten. Unter dem Titel: „Enttäuschte Hoffnungen“ schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ in dem Handelsstell ihrer Nr. 746 u. a. folgendes:

Die günstigen Berichte über die Aussichten der diesjährigen Getreide-, Kartoffeln- und Futtermittelernte hatten in den letzten Monaten die Hoffnung aufkommen lassen, daß der auf dem deutschen Wirtschaftsleben lastende Druck der Steuerung etwas nachlassen werde. Diese Hoffnungen wuchsen noch, als die Preise der Nahrungsmittel aus dem Pflanzenreich eine Zeitlang tatsächlich Neigung zu sinken zeigten. Gar bald hat sich aber herausgestellt, daß dem deutschen Volke Milderung der Steuerung nicht beschieden sein wird. Im Gegenteil. Die Kosten des Lebensunterhalts werden, aller Voraussicht nach, infolge der wieder zunehmenden Fleischsteuerung in den nächsten Monaten wohl erneute Steigerung erfahren. Schon der Monat Juli d. J. hat gegen den Vormonat bedeutende Verschlechterung gebracht. Auf Grund der Berichte über die Bewegung der Lebensmittelpreise in etwa 190 deutschen Städten berechneten sich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, in Deutschland durchschnittlich auf Mark:

	1911	1912	1913
Januar	23,50	24,69	26,01
Februar	23,61	24,83	25,86
März	23,60	25,18	25,83
April	23,80	25,74	25,61
Mai	23,72	25,52	25,43
Juni	23,97	25,85	25,35
Juli	24,37	26,10	25,88

Durch die scharfe Steigerung der Kosten des Nahrungsmittelaufwandes im Monat Juli ist die in den fünf vorangegangenen Monaten eingetretene Erleichterung vollständig ausgeglichen worden! Sehr bald wird sich auch wieder Erhöhung gegenüber dem Vorjahre ergeben. Im Vergleich zum Monat Juli 1911 ist die Indexziffer um 1,51 M. gestiegen. Im einzelnen zeigt sich fast für alle berichtenden Plätze wesentliche Erhöhung der Fleischpreise. Für die wichtigeren preussischen Gebiete berechnete sich die Indexziffer im Monat Juli der Jahre 1911 bis 1913 auf Mark:

	1911	1912	1913
Juli			
Westpreußen	21,84	23,88	24,44
Groß-Berlin	24,42	25,92	25,32
Brandenburg	24,06	26,45	25,89
Posen	25,11	26,12	26,29
Schlesien	23,94	25,44	24,11
Sachsen	25,27	26,75	26,75
Schleswig-Holstein	23,87	25,57	25,75
Hannover	23,84	25,20	25,38
Westfalen	23,49	25,92	26,10
Hessen-Nassau	23,09	25,96	25,89
Rheinland	25,73	27,09	26,88

In den hauptsächlichsten außerpreussischen Landesteilen betragen die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes in Mark:

	1911	1912	1913
Juli			
Bayern	24,70	26,39	26,17
Königreich Sachsen	23,61	26,08	25,72
Württemberg	24,41	25,87	25,69
Baden	26,07	27,64	26,68
Thüringen	24,53	26,63	26,59
Saß-Lothringen	26,46	27,72	27,41

Im Durchschnitt der ersten sieben Monate stellten sich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie auf 25,70 M., gegen 25,42 M. in der vorjährigen Vergleichszeit und 23,80 M. im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1911.

Es ist demnach die schon vor drei Monaten geäußerte Befürchtung, die zeitweise in Erscheinung tretende ganz geringe Preisermäßigung werde nur vorübergehender Natur sein, leider eingetroffen. Es besteht sogar die Gefahr, daß die Preise über die vorjährigen noch hinaussteigen. Im vergangenen Jahre wurden aber von allen Seiten die Preise als eine Kalamität, als ungewöhnlich und bedauerlich hoch bezeichnet. Es ist unverständlich, wie ruhig es darüber geworden ist. In immer weiteren Kreisen scheint man die Steuerung nur mehr als eine Angelegenheit „der Konsumenten“ betrachten zu wollen. Und sobald die sich regen, dann wird überdies über „demokratische“ Begehrlichkeit geschimpft. Daß aber ein dauernder hoher Preisstand, wie die „Kölnische Volkszeitung“ mit Recht betont, eine schwere Belastung der ganzen Volkswirtschaft ist, beachtet man nicht. Diese verhängnisvolle Kurzsichtigkeit scheint heute selbst in Kreisen der Reichsregierung zu herrschen. Denn von all den großen Anläufen, die im vergangenen Jahre eine Zeitlang — besprochen wurden, hört man längst nichts mehr.

Das Ende des Riesenstreiks im russisch-polnischen Textilindustriebezirk.

(Siehe die Notiz in Nr. 31 der „Textilarbeiter-Zeitung“.)

Ueber den großen Streik in der Lodzer Textilindustrie haben wir bereits berichtet. 40000 Textilarbeiter und -Arbeiterinnen haben rund 10 Wochen im Kampfe gestanden. Einen nennenswerten materiellen Erfolg haben die Arbeiter nicht erzielt, weil es sich um einen von vornherein verfehlten, gänzlich unvorbereiteten Kampf handelte. Das Organ der „Gewerkschaft christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen im Königreich Polen“, das in Lodz erscheint und hauptsächlich unter den Textilarbeitern verbreitet ist, kommt in seiner letzten Nummer (7) auf den Kampf in einem längeren Artikel zu sprechen.

„Wohl selten“, schreibt das Blatt, „hat sich aus einem Arbeiterausstand einer einzelnen Fabrik eine so große Lohn- und Streikbewegung entwickelt, wie diejenige, die wir soeben erlebt haben, die Anfang Juni dieses Jahres in der Fabrik der Aktien-Gesellschaft von Krusche u. Endler in Babianice einsetzte und sich dann wie ein Lauffeuer auf fast sämtliche Fabriken in Lodz und des gesamten Lodzer Industrie-Rayons ausgebreitet hat und jetzt erst, nach zirka drei Monaten, beendet ist. Sie gleich einer großen Meereswelle, die sich plötzlich über die Arbeitererschaft dieses Rayons ergossen, fast alle Arbeiter und Arbeiterinnen mitgerissen und in Mitleidenschaft gezogen hat. Wohl selten war auch eine so große Lohn- und Streikbewegung so kopf-, plan- und nutzlos gewesen als diese.

Was war die eigentliche Ursache zu dieser Bewegung? Wer hat sie hervorgerufen? Wer hat sie verschuldet, und wie kam es, daß sie sich eine so große Ausdehnung gewonnen, und daß sie so lange angehalten hat? Es sind dies alles Fragen, die von der uneingeweihten und mit den hiesigen Verhältnissen nicht vertrauten Tagespresse verschiedenartig und zum größten Teil direkt unsinnig beantwortet worden sind. So behaupten viele Blätter u. a., daß diese Streikbewegung von politischen Agitatoren hervorgerufen, daß dieselbe nicht allein die Aufbesserung der materiellen Lage der Arbeiter, sondern die Erreichung politischer Ziele zum Zweck gehabt hätte, ähnlich wie die großen Streikbewegungen in den Jahren 1905—07; ferner, daß die hiesigen Arbeiter während dieser letzten Lohn- und Streikbewegung von verschiedenen politischen und Arbeiterparteien und Verbänden des Auslandes bedeutende Geldunterstützungen erhalten hätten usw. Diese Behauptungen sind jedoch nicht nur Unsinn, sondern direkter Blödsinn. Sie werden von den betreffenden Zeitungen jedenfalls nur deswegen aufgestellt, um die Arbeiter bei der Behörde als politisch gefährliche Individuen zu brandmarken, damit jene strenge Maßregeln gegen sie ergreife und ihnen womöglich noch die Organisationsfreiheit nehme.

Die Sache verhält sich in Wirklichkeit jedoch ganz anders, als sie von jener Presse dargestellt wird. Daß in der Fabrik von Krusche u. Endler in Babianice sehr niedrige Löhne den Arbeitern gezahlt werden, ist ja bekannt. Daß nun die Arbeiter dort gerade zuerst in den Ausstand getreten sind und in diesem dort am längsten verharrt haben, ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß der größte Teil der Arbeiter dieser Fabrik aus solchen besteht, die vom Lande stammen, die entweder selbst oder deren Angehörigen Land besitzen und die Feldarbeiten verstehen und diese gewöhnt sind. Sie zogen es daher vor, die schönen Sommermonate über lieber auf dem Lande in der frischen Luft, als für einen tagen Lohn in der stickigen, ungesunden Luft der Fabrik zu arbeiten. Sie forderten daher Erhöhung des Lohnes, und als ihnen diese nicht gewährt wurde, legten sie in der Fabrik einfach die Arbeit nieder und gingen aufs Land arbeiten. Daß sie hierdurch aber jene in derselben Fabrik beschäftigten Arbeiter in Not und großes Elend stürzten, die keine Beziehungen auf dem Lande haben und die auch die Feldarbeit nicht gewöhnt sind, das kümmerte sie wenig.

Von der Streikbewegung jener Babianicer Arbeiter wurden nun aber jene unwissenden und unorganisierten Arbeitermassen elektrisiert, die aus solchem Anlaß gleich wieder von einer neuen Glanzperiode zu träumen be-

gannen. Sie traten gleichfalls in den Ausstand und stellten zum großen Teil auch in solchen Fabriken bedeutende Lohnforderungen, wo durchaus keine so schlechten Löhne gezahlt wurden. Der vernünftige und besonnene Teil der Arbeiter dachte aber gar nicht ans Streiken. Er wurde aber auch hier durch den Streik der Unorganisierten in Mitleidenschaft gezogen und ins Elend gestürzt. Ein Stück nach dem anderen mußte von der letzten Habe verkauft werden oder ins Pfandhaus wandern, um den Hunger zu stillen, da der Bäcker, Fleischer und Ladenmann nichts mehr lieb, weil er in den meisten Fällen selbst nichts mehr hatte. So mancher Arbeiter wurde, da er die Miete nicht mehr zahlen konnte, mit Kind und Kegel erbarmungslos auf die Straße gesetzt, ebenso erging es so manchen armen Witwe mit ihren kleinen unmündigen Kindern. Und dies alles durch die Schuld jener Arbeiter, die ohne Vernunft und Ueberlegung handeln und die Arbeit niederlegen, ohne daß sie organisiert sind, ohne irgend einen ersparten Notgroschen zu besitzen, ohne eine Aussicht zu haben, von irgend einer Seite unterstützt zu werden, und dennoch davon überzeugt waren, nur das Wort „Teiler“ sagen zu brauchen, dann komme die Wurst von selbst geflogen. Und diese Arbeiter sind jetzt wieder demütigt geworden. Sie haben die Arbeit in den meisten Fabriken wieder unter den alten Bedingungen aufnehmen müssen. Nur in einigen Fabriken, und das fast ausschließlich nur in den Fabriken der Wollwarenbranche, ist eine kleine Lohnzulage erzielt worden, die aber in keinem Verhältnis zu den Verlusten steht, die die Arbeiter durch den Streik und die Ausperrung erlitten haben. Die großen Firmen der Baumwollwarenbranche, wie Karl Scheibler, S. P. Boznanski, Louis Geier, Widzewer Manufaktur, S. Rosenblatt, Gampe u. Albrecht usw. haben den Arbeitern den Lohn auch nicht um einen Groschen erhöht. Jenen Firmen kam offensichtlich dieser Streik zur rechten Zeit, denn sie hatten ja einen so großen Vorrat an fertigen Waren, daß ihre Warenmagazine überfüllt waren, und sie neue hätten bauen müssen, wenn die Arbeiter nicht in den Ausstand getreten wären.

Die Lodzer Baumwollindustrie hat, was sich nun einmal nicht leugnen läßt, tatsächlich schon seit Jahren einen schweren Kampf mit der Konkurrenz des Moskauer Industrie-Rajons zu bestehen. Die Wollwarenindustrie in Lodz ist jetzt schon seit längerer Zeit der Baumwollindustrie in ökonomischer Hinsicht weit überlegen. In den Wollwarenfabriken in Lodz werden daher den Arbeitern auch bessere Löhne gezahlt als in den Baumwollwarenfabriken. Die Arbeiterlöhne in den Lodzer Baumwollwarenfabriken sind aber in Hinsicht auf die hier herrschenden teuren Lebensverhältnisse doch sehr gering, und wenn auch die betreffenden Firmen ihren Arbeitern verschiedene Vorteile bieten, wie billige Wohnungen, billigen Einkauf von Lebensmitteln und anderen Waren in den von ihr unterhaltenen Konsumgeschäften etc., so leiden dennoch die meisten der bei jenen Firmen beschäftigten Arbeiter infolge des hohen Wertes der bittren Not. Und es steht daher auch zu erwarten, daß es in diesen Fabriken hin und wieder zu Lohnforderungen und Ausständen der Arbeiter kommen wird. Jedenfalls werden jene Aktien-Gesellschaften mit der Zeit gezwungen sein, Mittel und Wege ausfindig zu machen, die Lage ihrer Arbeiter doch noch um etwas aufzubessern oder die Baumwollindustrie, durch die Lodz einen so großen Aufschwung genommen hat, in dieser Stadt einzustellen. Denn die Lebensverhältnisse in Lodz werden nicht billiger, sondern fast mit jedem Tag teurer.

Die Zukunft dürfte uns ja noch so manche Ueber- raschung bringen. Auch die letzte Lohnbewegung war infolge ihres plötzlichen Auftretens und ihrer großen Ausdehnung auf den ganzen hiesigen Industrie-Rajon ja für so viele eine Ueberraschung. Für jene unorganisierten Arbeiter war sie aber auch noch eine bittere Enttäuschung. Sie können nun aber aus derselben die Lehre ziehen, daß man ohne reifliche Ueberlegung und Erwägung nicht in den Ausstand treten und wie ein Schaf dem anderen nachlaufen, sondern sich einem Arbeiterverband anschließen und den Rat bewährter und mit den Verhältnissen vertrauter Kollegen befolgen soll. Wie wichtig und nötig es ist, sich einem Arbeiterverband anzuschließen, wie es unsere Gewerkschaft ist, das haben nun während dieser langanhaltenden Lohn- und Streikbewegung nicht nur unsere Mitglieder, sondern auch diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen erlernt, die ihm bisher nicht angehört hatten. Denn die von der Ausperrung und durch den Streik im allgemeinen betroffenen Mitglieder der Gewerkschaft konnten von dieser von Beginn bis zur Beendigung der Streikbewegung die ganze lange Zeit hindurch unterstützt werden und wurden hierdurch vor bitterer Not bewahrt, während die Nichtverbändler vor solcher nicht verschont blieben und obendrein noch in Schulden gerieten, die sie nun bei den weiteren hohen Löhnen schwer abzahlen werden können. Dies ist die Folge davon, daß man sich gescheut hat, die wenigen Kopelen Mitgliedsbeitrag in den Verband zu zahlen. Die Gewerkschaft hat ihren von der letzten Lohnbewegung betroffenen Mitgliedern über 8000 Rubel an Unterstützung ausbezahlt. Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihr bis jetzt noch nicht der Gewerkschaft angehört, laßt euch in eurem eigenen Interesse und zu eurem eigenen Wohle ermahnen und auffordern, unsern Verbände als Mitglieder beizutreten.

Ihr lieben Kollegen und Kolleginnen aber, die ihr bei dieser letzten großen Lohnbewegung den Nutzen der Gewerkschaft an euch selbst erfahren habt, werdet nicht müde, diesen auch euren bis jetzt zu unserem Verbände

noch nicht gehörenden Arbeitern und Arbeiterinnen teilhaftig werden zu lassen, indem ihr sie als Mitglieder werbet. - Je größer die Mitgliederzahl der Gewerkschaft wird, um eine so größere nutzbringende Tätigkeit kann sie für ihre Mitglieder entfalten!

Die Zahlung von Hausgeld durch die Krankenkasse bei Krankenhausbehandlung des Versicherten.

Die Krankenkasse kann bekanntlich an Stelle der Krankenpflege und des Krankengeldes Krankenhauspflege treten lassen. Wenn jemand von der Krankenkasse einem Krankenhaus überwiesen wird, der bisher von seinem Arbeitsverdienst Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten hat, so ist auch ein Hausgeld für die Angehörigen im Betrage des halben Krankengeldes zu zahlen. Diese Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes ist auch in die RVD übernommen worden. Ein Unterschied besteht nur insofern, als die RVD dieses halbe Krankengeld „Hausgeld“ nennt, während man es bisher allgemein als „Angehörigenkrankengeld“ bezeichnete. An der Sache selber ist nichts geändert worden. Ein Antrag, das Hausgeld auf drei Viertel statt auf die Hälfte des Krankengeldes festzusetzen, wurde in der Reichstagskommission abgelehnt.

Erste Voraussetzung für den Anspruch auf Hausgeld bleibt nach wie vor, daß der Kranke Angehörige „bisher“ „ganz oder überwiegend“ von seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat. Das Wort „bisher“ muß nach Entscheidungen höchster Gerichtshöfe so verstanden werden, daß der Betreffende in der Zeit unmittelbar vor seiner Erkrankung, wenn auch nicht gerade bis unmittelbar vor seiner Unterbringung ins Krankenhaus, den Unterhalt von Angehörigen aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat.

Für ein im Krankenhaus geborenes Kind kann die Mutter kein Hausgeld fordern. Doch besteht ein solcher Anspruch, wie wir dem „Versicherungsboten“ entnehmen, wenn das Kind kurz vor dem Eintritt der Krankenhausbehandlung der Mutter geboren ist. - Nach dem Tode des Vaters werden häufig die Kinder Ernährer der Mutter und ihrer kleinen Geschwister. Ebenso werden Kinder häufig die Ernährer ihrer Eltern, wenn z. B. der Vater alt und erwerbsunfähig wird. In diesen Fällen besteht natürlich auch eine Verpflichtung zur Zahlung des halben Krankengeldes, wenn die für den Unterhalt Sorgenden einem Krankentaxe überwiesen werden. Wenn mehrere Mitglieder einer Familie erwerbstätig sind, dann hat nur der Haupternährer einen Anspruch auf Hausgeld. Der Haupternährer kann jedoch auch die Ehefrau sein.

Angehörige sind nicht nur Ehegatten und Kinder. Es fallen darunter vielmehr alle Verwandte und Verwandte, jedoch nicht solche Personen, die lediglich Hausgenossen sind, wie z. B. Wirtschafterinnen und Kontabinen. Uneheliche Kinder sind nur Angehörige der Mutter, nicht solche des Vaters. Boreheliche Kinder der Mutter, sowie für ehelich erklärte Kinder sind jedoch auch Angehörige des Mannes.

Das Hausgeld ist auch zu zahlen, wenn die Angehörigen sich im Auslande befinden. Ferner dann, wenn der Kranke wegen Simulationsverdacht dem Krankenhaus nur zur Beobachtung überwiesen wird. Es kann auch dann verlangt werden, wenn der Kranke selber keinen Anspruch auf Krankengeld hat, weil er sich die Krankheit durch schuldhaftes Betragen an einer Schlägerei zugezogen hat.

Weitere Voraussetzung ist, daß die Krankenkasse die Krankenhauspflege selbst verfügt hat. Der Anspruch auf Hausgeld besteht daher z. B. nicht, wenn jemand im Wege der freiwilligen Wohltätigkeit einem Genesungsheim überwiesen wird, sofern die Krankenkasse nicht wenigstens nachträglich die Unterbringung für ihre Rechnung genehmigt hat. Er besteht auch nicht, wenn der Versicherte im Wege der Armenpflege oder auf Veranlassung der Versicherungsanstalt ins Krankenhaus aufgenommen wird. In diesen Fällen kann der Armenverband oder die Versicherungsanstalt das 1/2-fache Krankengeld von der Krankenkasse als Ersatz beanspruchen, wenn letztere die Tragung der Krankenhauskosten ablehnt. Daneben noch etwas an den Versicherten oder dessen Angehörigen zu zahlen, sind die Krankenkassen weder verpflichtet noch berechtigt.

Wenn auch der eigentliche Forderungsberechtigte gegenüber der Kasse der Versicherte selber ist, so kann das Hausgeld jedoch auch direkt an die Angehörigen gezahlt werden. Das ist seit dem Jahre 1892 ausdrücklich im Gesetz festgelegt worden. Es ist demnach in das Ermessen der Kasse gestellt, je nach Umständen an den Erkrankten oder an die Angehörigen zu zahlen. Damit hat die Krankenkasse die Möglichkeit, das für die Angehörigen bestimmte Krankengeld dem Erkrankten zu entziehen, wenn die Gefahr besteht, daß dieser dasselbe für sich verwenden, z. B. vertrinken würde.

Wenn nach dem Statut auch für Sonn- und Feiertage Krankengeld gezahlt wird, so gilt das auch für das Hausgeld. Wenn die Krankheit durch einen Betriebsunfall hervorgerufen ist, dann erhöht sich das Hausgeld von der 5. bis zur 13. Woche entsprechend. Bei einem Durchschnittsverdienst von 3 M. würde das Hausgeld 75 Pfg. pro Tag betragen, sich aber mit dem Unfallzuschuß in der erwähnten Zeit auf 1 M. erhöhen. Ob das Hausgeld auch für die Karenzstage zu zahlen ist, ist freitragig. Die Mehrheit der Kommentare verneint dieses. Wir schließen uns der Meinung an, weil das Hausgeld nur für diejenigen Tage zu zahlen ist, an denen der Versicherte Anspruch auf Krankengeld hatte.

Allgemeine Rundschau.

Der Zentralverband christlicher Maler Deutschlands hielt in den Tagen vom 31. Aug. bis 3. Sept. in Köln a. Rh. seine sechste ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem im Druck vorliegenden Geschäftsbericht geht hervor, daß der Verband seit 1910 seine Mitgliederzahl um 1189 steigerte und im Kassentwesen gute Fortschritte gemacht hat. Er vereinnahmte an Mitgliederbeiträgen in den letzten drei Jahren 215 700 M., das sind um 48 300 M. mehr als in den vorangegangenen sechs Jahren. Die Gesamteinnahme betrug 290 586 M. Das Vermögen ist trotz der hohen Ausgaben von 27 000 M. auf 40 400 M. gestiegen. Für Kranken-, Militär-, Arbeitslosen-Unterstützung, Sterbegeld usw. wurden rund 20 000 M. ausbezahlt, während die zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geführten Kämpfe weit über 100 000 M. Ausgaben erforderten. Die Erfolge waren erhebliche.

Die gegenwärtige Lage der Tarifbewegung schäuferte der Verbandsvorsitzende; es gelangte dazu eine Entschlieung zur Annahme, in der es heißt: Der Verband steht auf dem Boden des Reichsttarifs und erstrebt dessen Ausbau. Auf seine allgemeine Ein- und Durchführung - besonders in Westdeutschland - soll mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln hingewirkt werden. Die nachgiebige Haltung des Arbeitgeberhauptverbandes gegen seinen tarifbrüchigen Gau Rheinland-Westfalen und die von ihm bewirkte Verzögerung der Haupttarifamtssitzung wird bedauert. Die Vorgänge bei der Tarifbewegung hätten die Notwendigkeit eines Reichseingangsamtes erwiesen, weshalb auf dessen Errichtung mit Nachdruck hingewirkt werden soll. Der Verbandstag beschäftigte sich sodann mit einer durchgreifenden Uenderung seiner Satzungen. Die Unterstütionen erfuhren eine Erhöhung und Erweiterung, unter anderem durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die dadurch bedingte Beitragserhöhung wurde einstimmig gutgeheißen.

Ueber den Arbeiterschutz im Malergewerbe wurde ein Referat erliatet und gelangten folgende Forderungen zum Beschluß: Anstellung von Gewerbeinspektions-Assistenten und Baukontrolloren aus dem Arbeiterstande. Ausdehnung der Giftschußvorschriften auf alle Bleibetriebe. Verbot der Bleifarben bei Innenarbeiten. Deklarationspflicht für Giftfarben. Einsetzung einer sachmännischen Kommission durch das Reich zur Nachweisung von brauchbaren Bleierfarben. Gesundheitschädliche Bindemittel sollen verboten oder ihre Verwendung wenigstens stark eingeschränkt werden. Die Kenntnis der mannigfaltigen Berufsgefahren ist durch Herausgabe eines Giftmerkbliattes anstelle des bisherigen Weimerkbliattes zu fördern. Die Verbreitung und sozialwirtschaftliche Tragweite der gewerblichen Vergiftungen soll durch Einführung der ärztlichen Meldepflicht für alle verdächtigen Erkrankungen statistisch festgestellt werden; als Ausgangspunkt hierfür wird die Einführung zweckmäßiger Kranken-Meldebliette bei den Krankenkassen auf Grund des § 343 der Reichsversicherungsordnung vorgeschlagen. Der § 547 der Reichsversicherungsordnung betr. Gleichstellung von gewerblichen Erkrankungen mit den Unfallfolgen möge bald in Geltung gesetzt werden.

Das mit dem christlichen Malerverband in der Schweiz schon bestandene Kartellverhältnis wird auf die in Betracht kommenden Bruderorganisationen von Holland, Belgien und Oesterreich ausgedehnt, was den reifenden Verbandsmitgliedern wesentliche Erleichterungen verschafft. Das Verhältnis zur „Gesellschaft für soziale Reform“ und zu den Bestrebungen der Bodenreformler erfährt eine Regelung, durch korporativen Anschluß des Verbandes selbst.

Zum Verbandsvorsitzenden wurde Brauer-Düsseldorf einstimmig wiedergewählt und der Verbandsvorstand aus Angehörigen verschiedener Landesstellen zusammengesetzt. Der Vertreter des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften erkannte am Schluß der Tagung an, daß der Verband sich eine ganz neue, den besten Organisationen gleichwertige Verfassung gegeben habe und im Begriffe stehe, in die Reihe der leistungsfähigsten Organisationen einzurücken. Der christliche Malerverband wird dadurch instand sein, auch fernerhin die berufswirtschaftlichen Interessen der Arbeitererschaft des Malergewerbes erfolgreich wahren und fördern zu können.

Warum denn so viel Aufwand? Nach den Versicherungen der sozialdemokratischen Presse und Agitatoren sind die christlichen Gewerkschaften total bedeutungslose Gebilde. Nichtsdestoweniger verbraucht der ganze sozialdemokratische Troß einen ungeheuren Aufwand an Zeit und Geld und Kraft, um diese „bedeutungslosen Gebilde“ zu bekämpfen. Nicht selten wird die Gelegenheit geradezu an den Haaren herbei gezerzt, um gegen die christlichen Organisationen Sturm zu laufen. Dafür ein charakteristisches Beispiel. Ende Juli veranstalteten die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Leipzig ein Sommerfest mit großem Tamtam. Am Vorabend des Festes brachte die „Leipziger Volkszeitung“ (171, 1913) an der Spitze des Blattes einen „Zum Gewerkschaftsfest“ überschriebenen Festartikel, der sich ausschließlich gegen die christliche Arbeiterbewegung richtete; ausgerechnet in Leipzig, dieser unbestrittenen roten Hochburg. In dem sonderbaren Festartikel tömmelt es von Schimpf- und Kronstüberreden wie:

„Schutztruppe des Ausbeutertums - abstoßendes Bild von Frömmerei, systematischer Heranzüchtigung aller Kanakillen-tendenzen - dieses hierischen Arbeiterparadieses - hierische Arbeiterverblödung - unterwürfiges, verdummaufertes, in all seinem Elend zufriedenes Menschenpaar - mit Orgelton und Hallelujagesang“ usw.

Wozu nun so viel Kraftverschwendung gegen eine bedeutungslose, vorübergehende Erscheinung?

Stolz und triumphierend schließt der Schimpfartikel mit einer Siegesfanfare: „So stehen heute die freien Gewerkschaften als Sieger da.“ Als „Sieger“ über einen angeblich bedeutungslosen Gegner! Spotten ihrer selbst und merken es nicht! Man höre nur, wie dieser „Sieg“ erstritten wurde:

„Das ist freilich nur möglich gewesen, indem die deutschen Gewerkschaften Hand in Hand gingen mit der deutschen Sozialdemokratie. Dieses Verhältnis zur Partei ist in den letzten Jahren noch enger und fester geworden, und die kommenden Kämpfe werden es ohne Frage noch mehr kräftigen. Und wenn morgen, wie alljährlich, Leipzig gewerkschaftlich organisiertes Proletariat sein Fest der Arbeit feiert, so ist das zugleich ein Fest der Partei. Beide entspringen der gleichen Wurzel, beide haben die gleichen Gegner und beiden leuchtet das gleiche Ziel.“

Das letztere ist die Wahrheit, wenn sie auch von den „frei“gewerkschaftlichen Neutralitätsheuchlern verleugnet wird. Mit dem „Sieg“ der „freien“ über die christlichen Gewerkschaften aber soll es noch gute Wege haben.

Die „freien“ Gewerkschaften im Jahre 1912. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission bringt in seiner Nr. 35 eine umfangreiche Statistik über den Stand und die Entwicklung der sozialdemokratischen Gewerkschaften im Jahre 1912. Daraus geht hervor, daß diese Gewerkschaften im Berichtsjahre zwar einen Aufschwung genommen haben, jedoch bleibt der Zuwachs gegenüber dem Vorjahre nicht unerheblich zurück.

Im Jahresdurchschnitt zählten die gewerkschaftlichen Zentralverbände 2530390 Mitglieder, gegen 2320986 im Vorjahre, was einer Zunahme von 9,02% gegen 11,05% im Jahre 1911 entspricht. Die Statistik nach der Stärke der Verbände ergibt folgendes Bild: Die meisten Mitglieder zählten

Metallarbeiter . . .	535 903	Holzarbeiter . . .	192 645
Bauarbeiter . . .	335 560	Textilarbeiter . . .	140 217
Transportarbeiter . . .	215 948	Lagerarbeiter . . .	117 875
Fabrikarbeiter . . .	205 026		

Bei den Buchdruckern sinkt die Mitgliederzahl mit 66 673 bereits sehr erheblich unter die 100 000. Die meisten Mitgliederzahlen weisen die Blumenarbeiter mit 1168, die Notensteher mit 445 und die Klyographen mit 428 Mitgliedern auf.

Die Zahl weiblicher Mitglieder ist in den einzelnen Verbänden verhältnismäßig hoch. Sie betrug bei den Textilarbeitern 53363, bei den Metallarbeitern 26 848, bei den Fabrikarbeitern 25 146, den Tabakarbeitern 17 918 und den Buchbindern 15 979. Unter den Gärtnern befanden sich 27 und unter den Friseurinnen zwei weibliche Mitglieder.

Die Gesamteinnahmen haben sich von 72 086 957 M. im Jahre 1911 auf 80 233 575 M. im Jahre 1912 gehoben, während die Gesamtausgaben nur von 60 025 080 M. auf 61 105 675 M. stiegen. Infolge dieser geringeren Ausgaben erhöhten sich die Vermögensbestände von 62 105 821 M. auf 80 797 786 M. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet, betragen die Einnahmen 31,71 M. gegen 31,06 M. im Vorjahre, die Ausgaben 24,15 M. gegen 25,86 M. im Vorjahre und die Vermögensbestände

31,93 M. gegen 26,75 M. im Vorjahre. Das höchste Kopfvermögen wiesen die Notensteher mit 228,12 M. und die Buchdrucker mit 151,70 M., das geringste die Handlungsgehilfen mit 3,61 M. und die Tabakarbeiter mit 2,94 M. auf.

Von den Gesamtausgaben in Höhe von 61 105 675 M. entfielen auf Bildungszwecke 3 220 911 M., Unterstützungszwecke 37 194 412 M., Agitation, Stellenvermittlung, Generalversammlungen und Verbindungen 9 064 744 M., Verwaltungskosten 11 825 608 M. An Streitunterstützungen wurden 1912 verausgabt 12 485 183 M. 1910 waren es 19 603 605 und 1911 17 303 328 M. Die Aufwendungen für Unterstützungen Arbeitsloser erreichten im Jahre 1912 8 920 342 M. gegenüber 7 368 975 M. im Jahre 1911, 7 091 506 M. im Jahre 1910 und 7 201 351 M. im Jahre 1909. Seit dem Jahre 1891 haben die Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder etwa 68 Millionen M. aufgewendet.

Vom Glend ungarischer Textilarbeiterinnen.

Die Gründung von Fabriken wird in Ungarn auf den Umstand basiert, daß billiges Arbeitermaterial zur Verfügung steht und keine großen Investitionen gemacht zu werden brauchen. Das billige Arbeitermaterial der Textilfabriken rekrutiert sich aus den Reihen der Arbeiterinnen. In Ungarn befaßen sich ungefähr 10—12 000 Arbeiterinnen mit dem Spinnen und Weben, unter welchen in großer Zahl Mädchen von 10 und 11 Jahren anzutreffen sind. In der Tolnaer staatlichen Seidenweberei beträgt die Arbeitszeit 14 bis 16 Stunden, der Tagelohn von 56 Heller bis 1,20 Kr. (1 Kr. = 100 Heller = 0,80 M.)

In der Dübauer (Dienpfeifer) Textilfabrik beträgt der Tagelohn für Frauen 1,40 Kr., für Männer 2,10 Kr. In der Kozsahegyer Textilfabrik, in der Abteilung, wo die Wolle gereinigt wird, wo wegen großem Staub die Luft sehr ungesund ist, arbeiten zehn-, zwölf- und dreizehnjährige Mädchen bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden im Rahmen von 12 Stunden. Hierfür erhalten sie einen zweiwöchentlichen Lohn von 15 Kr. In der Weberei dortselbst erhalten Erwachsene einen Tagelohn von 50, 60 und 80 Hellern; diejenigen, die die Behandlung von drei bis vier Maschinen annehmen, erhalten 1,40 bis 1,60 Kr. Die Arbeiterinnen gehen aber nicht wegen den geringen Löhnen, die dort gezahlt werden, davon, sondern sie verlassen größtenteils deshalb diese glückliche Stätte, weil sie dort zu allem Uebel auch noch obendrein geschlagen werden. In der Weberei in Mészáros verdienen die Arbeiterinnen zweiwöchentlich höchstens 20 Kr. Zur Zeit der Schulferien vergrößert sich die Zahl der Arbeiter, weil dann auch die 10—11 jährigen Schulkinder in die Fabrik gehen und um einen Tagelohn von 30 bis 40 Hellern das Foch der Arbeit schleppen helfen. Den angeführten Zahlen braucht man keinen Kommentar hinzuzufügen, in solchen und ähnlichen Verhältnissen leben auch die übrigen gewerblichen Arbeiterinnen Ungarns.

All diese Zustände sind dadurch zu erklären, daß ganz Ungarn einige Ungarier in den Händen halten, welche nur stets darauf bedacht sind, ihre eigenen Interessen zu verfolgen und das ganze Land zu ihren egoistischen Zwecken auszunutzen und welche den Arbeitern so lange

auf dem Genick sitzen werden, bis sich dieselben einmal ermannen und die Fesseln mit aller Gewalt durchbrechen werden. Dann werden auch die Arbeiterinnen Ungarns in eine bessere Lage geraten. . . .

Der Wert der „Bettelsuppen“. Der unter sozialdemokratischer Leitung stehende Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hat in der zweiten Hälfte des August in Breslau seine Hauptversammlung abgehalten. In seinem Referat: „Neue Gegner der Sozialversicherung“, erkannte der Referent (der Zentralarbeitersekretär der Generalkommission der roten Gewerkschaften, Genosse Rudolf Wiffell) den großen Wert der deutschen Arbeiterversicherung rückhaltlos an. In den von ihm vorgelegten und von der Hauptversammlung einstimmig angenommenen Leitlinien heißt es diesbezüglich u. a.:

„Die Jahresversammlung des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen erkennt den großen Wert an, den die deutsche Arbeiterversicherung mit der Hebung der Volksgeundheit für das deutsche Wirtschaftsleben geleistet hat. Die auf dem Gebiete der Hygiene besonders von den Krankenkassen gegebenen neuen Anregungen und Maßnahmen für Haus und Werkstatt haben nicht nur die Versicherten, sondern vielfach auch deren Angehörige in den Kreis der Fürsorge gezogen. Sie haben die ganze hygienische Kultur des deutschen Volkes auf ein wesentlich höheres Niveau gebracht. Die einzelnen Zweige der Arbeiterversicherung sind heute zu Hauptstützen aller auf Hebung der Hygiene gerichteten Bestrebungen geworden. Die Arbeiterversicherung hat immer mehr zu der Erkenntnis geführt, daß die Heilung der zumeist durch das Wirtschaftsleben geschlagenen Wunden und die Vorbeugung dieser Schäden keine die Arbeiterschaft allein angehende Angelegenheit, sondern Aufgabe und Angelegenheit der Gesamtheit ist.“

An anderer Stelle der Leitlinie ist dann noch die Rede von den „segensreichen Wirkungen“ der Sozialpolitik. Es sind das aber dieselben Arbeiterversicherungs-gesetze, gegen die die Sozialdemokraten im Reichstag Mann für Mann gestimmt haben und die sie vielfach auch heute noch als „Bettelsuppen“ bezeichnen.

Die ungeeignetsten Vertreter der Arbeiterschaft in den sozialen Versicherungsorganen sind die Sozialdemokraten. Jetzt bei den Krankenkassenwahlen suchen sie sich wieder in empfehlende Erinnerung zu bringen. Ihre Vertreter sollen deswegen von vornherein die besten sein, weil nur die Sozialdemokratie geeignet sei, das Arbeiterinteresse mit dem erforderlichen Geschick und genügender Energie zu vertreten. Schlag auf Schlag haben demgegenüber die christlichen Arbeiter bewiesen, daß es sich hier um eine jener großen Lügen handelt, mit denen die Sozialdemokratie jahraus jahrein ihren Volksbetrug betreibt. Derjenige, der von ihr auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung Taten erwartet, muß fürwahr ein kurzes Gedächtnis haben. Die Sozialdemokratie ist nicht nur grundsätzlich ein Feind solcher Gesetzgebung, sondern sie hat sich auch in der Praxis als solchen bewiesen. Ihre Zustimmung zu einer durchgreifenden sozialen Gesetzgebung müßte ja dem Volke die Illusion

Es trieb mich in die Welt hinaus . . .

Es trieb mich in die Welt hinaus,
Denn zog ich fort mit jedem Mut.
Ich war so glückselig und frei,
Und nach der Tage Einerlei
Stürzt ich mich toll in Sauf und Braus
— Mein Herz war jung, und heiß mein Blut.
Ich nützte jeden Augenblick,
Und jede Stunde, die verrann,
Entloh in sinnberauschtem Flug.
Doch ach, auch jene eine schlug,
Da traurig ich um altes Glück
Und voller Sehnsucht heimwärts sann.

Grete Filling.

Maschinen für die Indigo-Färberei.

Nachdruck verboten.

ATK. Bis vor kurzem gab es für das Färben von Strähnen mit Indigo keinerlei recht praktische Färbemaschinen. Es ist bekannt, daß Indigo in Wasser unlöslich ist und nicht direkt von der Faser aufgenommen werden kann. Man lang es zu Farbbändern nur in feiner farblosen Verbindung, dem Indigoweiß, verwenden. Daher bestehen die „Indigolüpen“ vorwiegend aus Wasser, das starke Reduktionsmittel enthält, die übrigens sehr verschieden sein können. So bedienen sich z. B. die orientalischen Färber, die als erste den Indigo zu verwenden verstanden, gärender Zuckerflüssigkeiten; seit einigen Jahren benutzt man allgemein Schwefelwasserstoffverbindungen, die sich als kräftigere und dabei bequemere Reduktionsmittel erwiesen haben. Die zu färbenden Strähnen werden in Sodabüchsen ausgelocht und naß in die Küpe gebracht, wo sie die Lösung von Indigoweiß in sich aufnehmen. Dann hebt man sie heraus, drückt sie aus und setzt sie der Luft aus. Es tritt Oxidation ein, und der Indigo lehrt über Grün zur blauen Farbe zurück.

Die Eigentümlichkeit, daß der Indigo zur unlöslichen Form übergegangen ist und sich in der Masse der Fäden selbst gebildet hat, macht gerade die Waschechtheit und Dauerhaftigkeit der Indigo-Farbtöne aus. Um tiefere Farbtöne zu erzielen, bringt man die Strähnen noch-

mals in die Küpe und wiederholt das Eintauchen und Oxidieren so oft, bis der gewünschte Farbenton erzielt ist. Für schwarzblaue Töne werden bis zu acht Küpen gebraucht.

Unter diesen Verhältnissen ist es ausgeschlossen, für Indigolüpen die gewöhnlichen Färbemaschinen zur Anwendung zu bringen. Wollte man nach üblicher Weise die in das Bad eintauchenden Strähnen an der Luft mit Stangen „durcharbeiten“, so brächte man eine unregelmäßige Oxidation des Indigos zuwege; setzt man andererseits die Flüssigkeit in Bewegung, und nicht das Garn, so oxydiert sich das Bad selbst, und sein Indigo wird ausgefällt. Auch könnte einer der älteren Apparate nicht rationell arbeiten, da für kontinuierlichen Gang die Strähne zu lange im Bade verweilen müssen. Alles das schien machinell so schwierig zu erreichen, daß man die Strähnen ruhig weiter mit der Hand färbte; und da dies Verfahren sich ziemlich kostspielig gestaltete, färbte man billigere Waren mit anderen, minder guten Farbstoffen, die leichter anzuwenden waren.

In Zukunft wird sich dies anders gestalten. Im Laufe der letzten Jahre erfanden, wie A. Chaplet in La Nature mitteilt, zwei spanische Techniker fast gleichzeitig Färbemaschinen, die besonders zur Behandlung der Strähnen in den Indigolüpen bestimmt sind, und ihre Apparate, die jetzt bereits in verschiedenen Ländern in Anwendung sind, haben gute Resultate herbeigeführt und sehr große Erparnis an Handarbeit ermöglicht. Beide Maschinen gewähren eine genügend lange Eintauchzeit, während deren die Strähnen umgerührt werden, ohne aus der Flüssigkeit herauszukommen. Sie verbleiben stets auf denselben Stangen, werden mit denselben aus dem Bade herausgehoben und langsam durch die Luft geführt; es wird dabei Wind gemacht, um eine vollkommene Oxidation des Indigos zu sichern. Der Magorosa'sche Apparat bedarf keiner eigenen Küpe, sondern läßt sich mit anerkannter Leichtigkeit auf jedem beliebigen Behälter anbringen; bei ihm werden die Strähnen auf vertikalem Wege durch die Luft getrocknet. Der Somandreu'sche Apparat hingegen erfordert die Anwendung einer Spezialküpe, und der Luftweg ist ein horizontaler. Diese Maschine scheint in der Praxis noch bessere Resultate als die Magorosa-Maschine zu liefern.

Der Apparat der Somandreu'schen Maschine ist äußerst einfach. Er besteht aus einer Küpe, die, bis auf zwei Falze zum Ein- und Austritt der Strähnen, vollkommen geschlossen ist und das Farbbad enthält. Die Strähnen hängen auf metallenen Stangen, deren beide Enden von

zwei Ketten ohne Ende getragen und so geführt werden, daß die Strähnen während ihres Durchganges durch das Bad zusammengeschlagen und ausgebreitet werden — eine Bewegung, die das Durchdringen der Strähnen mit dem Farbstoffe sehr begünstigt. Durch ihre verschiedene Lage auf den Stangen wird eine gleichmäßige Färbung erzielt; alle ihre Teile kommen gleichmäßig mit der Farbe in Berührung, ohne daß irgendwie Luft in dieselbe eingeführt zu werden braucht. Hierdurch wird auch jede vorzeitige und daher ungleichmäßige Oxidation verhütet. Eine Reihe von Zahnrädern in der Küpe, welche die Ketten und mit ihnen die Stangen mit ihren Strähnen zu gewundenem Wege nötigen, bringen eine schaukelnde Bewegung in das Ganze, die gleichfalls von günstigster Wirkung auf die Regelmäßigkeit der Farbe ist.

Sobald die Strähnen genügend mit Indigoweiß durchtränkt sind, steigen sie zwischen zwei Kautschukwalzen empor, um dann ihren horizontalen Weg durch die Luft zum Zwecke der Oxidation anzutreten. Schließlich können die Stangen mit den fertigen Strähnen abgenommen werden.

Zur Bedienung des Apparates genügen zwei junge Leute, deren einer die Stäbe mit weißem Garn vor dem Eintauchen auslegt, während der andere die gefärbten Strähnen abhebt. Die Maschine funktioniert somit absolut automatisch und kontinuierlich; sie erzielt infolge ihrer regelmäßigen Bewegung sehr gleichmäßige, intensive Farbtöne. Die Erparnis an Handarbeit, die man auf diese Weise erreicht, kann man sich leicht aus der Tatsache berechnen, daß zwei Arbeiter ohne besondere Anstrengung mit einer Maschine mittleren Typs 4000 bis 5000 Kilogramm Garn pro Tag färben, was ohne Maschine nur mit mehr als einem Duzend Arbeitern zu ermöglichen wäre.

Die Erfindung wird von den beteiligten industriellen Kreisen umso freudiger begrüßt werden, als sich neuerdings die Anwendung von „Küpen“ färben immer mehr einführt. Es ist bekannt, daß seit etwa zehn Jahren der natürliche indische Indigo mehr und mehr durch synthetischen, besonders deutschen Ursprungs, verdrängt wird, der billiger und reiner als das Naturprodukt ist. Und durch weiteren Ausbau des gleichen Prinzips ist es dem Chemiker seither gelungen, auch noch andere Küpenfarben zu erzielen, die, ebenso dauerhaft wie Indigo, eine reiche Farbenskala von rot bis gelb; und von braun bis grün aufweisen. Und nun ist es doppelt erfreulich, daß die Verbodkommungen an Maschinen und Apparaten mit den Erfolgen der Chemie Schritt zu halten wissen. Oth.

nehmen, als wären der bürgerliche Staat und die bürgerlichen Parteien nicht gewillt und fähig, der Lohnarbeiterschaft in der staatlichen Gesetzgebung zu Hilfe zu kommen. Von dieser künstlich aufrecht erhaltenen Illusion lebt aber die Sozialdemokratie zu einem großen Teil. Daß sie praktisch als Anwalt der Arbeiterinteressen auf diesem Gebiete nicht in Betracht kommen kann, das sei nochmals wieder durch die Aufzählung folgender Tatsachen bewiesen:

Die sozialdemokratische Partei stimmte in den 80er Jahren gegen die drei Versicherungsgeetze, trotzdem sie den „außerordentlich fruchtbaren Gedanken der Zwangsversicherung“ und annehmbare Verbesserungen brachten.

1891 verweigerte die Partei der Arbeiterschulungsbelle die Zustimmung, trotzdem sie „nicht unwesentliche Verbesserungen“ enthielt.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre machte die Partei eine kleine Schwankung, indem sie u. a. dem neuen Unfallversicherungsgeetz (1899) zustimmte. Aber schon die Novelle zum Krankenversicherungsgeetz vom Jahre 1903 sah sie wieder auf der Seite der ewigen Verneiner.

Sie stimmte gegen das große, letzte soziale Reformwerk, die Reichsversicherungsordnung. Dadurch stimmte sie u. a.

gegen die Ausdehnung der Krankenversicherung auf weitere sieben Millionen Personen,

gegen die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die „Armen der Armen“, die Hausarbeiter,

gegen die Einführung der Krankenversicherung für Diensthöher,

gegen die Krankenversicherungspflicht der landwirtschaftlichen Arbeiter,

gegen die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Angestellte bis zu einem Einkommen von 2000 bis 2500 Mark.

gegen die Erhöhung des Krankengeldes infolge Erhöhung des Grundlohnes,

gegen die Verlängerung der Wöchnerinnenunterstützung von sechs auf acht Wochen,

gegen eine nochmalige Erweiterung der freiwilligen Leistungen der Krankenkassen.

Wer will es vom wohlverstandenen Arbeiterstandpunkte aus verantworten, einer solchen Partei durch die Unterstützung ihrer Vertreter noch in den Sattel zu helfen?

Die unzufriedenen Arbeiter. Ueber die „Unzufriedenheit“ speziell in Arbeiterkreisen plauderte unlängst ein F. G. in der „Baugewerkschaft“ (dem Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Nr. 32 und 33) in sehr bemerkenswerter Weise. Das Streben nach Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse durchziehe alle Gesellschaftsklassen, warum sollte es bei den Arbeitern nicht der Fall sein! Gerade da sei es am ersten erklärlich. Da gäbe es noch kaum überflüssige Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Mancher lasse sich in der Beurteilung der Verhältnisse in Arbeiterkreisen blenden. Nicht nach den ausgeputzten Häusern der eleganten Gesellschaftsklassen muß man die sozialen Verhältnisse beurteilen, sondern nach den Hinterhäusern und Proletariervierteln. Wie traurig und jammervoll es hier noch aussieht, kann man erst begreifen, wenn man die Dinge oft geschaut hat. Hunderte von Kindern gehen sogar in mittleren Städten am Morgen noch zur Schule ohne Kaffee und warmes Mittagessen im Winter. Bei grimmiger Kälte werden selbst in den Industriegebieten, wo die Kohlen doch billig sind, diese an den Schlachthäusern aufgesucht. Trotz Arbeiterversicherung begegnen einem am Morgen Duzende von Krüppeln, die die Hand ausstrecken und um Almosen bitten. Mag hier oder dort ein Trinker sein, viel unerschuldetes Gend läßt sich doch nicht leugnen. Daraus kann man wohl die Schlussfolgerung ziehen, daß in Arbeiterkreisen noch viel Grund zur Unzufriedenheit vorhanden ist. Viel mehr kann man von andern Gesellschaftsklassen fordern, daß sie einmal mit ihren Verhältnissen sich abfinden und sich nach der Decke strecken. Auch die Gewerkschaften haben keine unberechtigte Unzufriedenheit gefördert, sondern vorhandene beseitigt. Gewiß haben die Gewerkschaften auch in Arbeiterkreisen neue Bedürfnisse geweckt. Das ist keine Tugend, dessen sich der gewerkschaftliche Agitator zu schämen braucht. Tausende und aber Tausende von schlechtgelohnten Arbeitern wurden durch die Gewerkschaft sich ihrer Würde als Menschen wieder bewußt. Da, wo die Gebildeten oder auch häufig Verbildeten von dummen, unbeholfenen Arbeitern sprachen, denen nicht zu helfen sei, hat die gewerkschaftliche Agitation eingesezt. Der Stumpfsinn, die dumpfe, verzweifelte Stimmung wurde ihnen ausgeredet.

Daß der Verfasser bei aller Betonung der Notwendigkeit sozialer Besserstellung im Lohnarbeiterstande die Augen nicht verschließt vor dem Uebel, das auf der andern Seite erwachsen kann, daß er materielle Kultur nicht um ihrer selbst, sondern um höherer sittlicher Ziele willen, gefördert sehen will, leuchtet aus einer andern Stelle seiner Betrachtung hervor. „Als Arbeiter können wir gewiß nicht wünschen, daß die Sucht, die Welt zu genöthen, als das höchste Ziel angesehen wird. Eine solche Sucht im extremen Sinne wird sicher nicht zur inneren Zufriedenheit führen. Andererseits kann man aber auch ruhig behaupten, daß in Arbeiterkreisen eine Uebertreibung nicht leicht zu erwarten ist. Gewiß, die Sozialdemokratie hat durch ihre Agitation viele sittlichen Werte vernichtet. Das rücksichtslose Streben nach Geld hat auch in Arbeiterkreisen Eingang gefunden. In den roten Domänen wird in den Versammlungen die Würdevollheit gepredigt und auf den Arbeitsstellen auf den schwachen Kollegen keine Rücksicht genommen. Wehe dem, der beim Alford nicht mitkann! Klatscherei und Liebedienerei ist gleichfalls viel zu finden. Die Untugenden der Kapitalisten, das rücksichtslose Streben nach Gewinn und mit allen möglichen Mitteln, hat die Sozial-

demokratie auf die Arbeiterschaft übertragen. Wenn wirkliche wahre Kollegialität wieder Platz greifen soll, dann wird die Sozialdemokratie die alten Götter wieder auf den Thron erheben müssen. Auf diesem Gebiete liegt auch die wichtigste Aufgabe der konfessionellen Arbeitervereine.“

Ein Unternehmerorgan über die Selben. Der namentlich bei der letzten Maleraussperrung unrühmlichst bekannt gewordene Herr Syndikus Cölisch empfiehlt den deutschen Malermeistern, überall gelbe Werkvereine zu gründen. Aber ein großer Teil der deutschen Malermeister scheint doch mehr Verständnis für diese Dinge im kleinen Finger zu haben, als Herr Cölisch in seinem Kopfe. Das Verbandsorgan des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe für Ost- und Mitteldeutschland lehnt die von dem Syndikus Dr. Cölisch-Barmen propagierten gelben Malerhilfsvereine in der Nr. 30 dieses Jahres ganz entschieden ab.

Es weist zunächst darauf hin, daß im Handwerk die Dinge anders liegen als in der Industrie, weil dort die Massen für solche Gründungen fehlten. Und dann heißt es weiter:

„Wo soll im Malergewerbe das Geld herkommen, das die Gründung und Unterhaltung der gelben Vereine kostet? Die Arbeitnehmer, die sich als Gelbe hergeben, sind ja bekanntlich keine von denen, die auch in die Tasche greifen wollen. Vielmehr sind es gewöhnlich Leute, die im Trüben fischen wollen. Wie bei den Arbeitgebern selbst, so wollen solche Elemente auch bei den Arbeitnehmern keine Organisation angehören, vor allem keinerlei Opfer für solche bringen und als Nichtorganisierter bei den Arbeitgebern lieb Kind spielen, andererseits aber doch an allen Vorteilen teilnehmen, die sich ihre organisierten Kameraden erringen. Das Geld für die Gründung und Unterhaltung der gelben Vereine müssen deshalb die Arbeitgeber hergeben, wenigstens zum großen Teile. . . . Die Gründung und Unterhaltung von gelben Vereinen ist also eine recht kostspielige Sache. Großindustrielle können sich den Spaß erlauben. Wo aber soll in einem Gewerbe, wie dem Malergewerbe, das nötige Geld herkommen?“

Die mittel- und ostdeutschen Arbeitgeber des Malergewerbes sind ja recht nüchtern denkende Leute. Für die Aufklärung der Öffentlichkeit ist es aber von Wert, daß sie ehrlich genug sind, den Zweck der Selben öffentlich und so ohne jede Vertuschung klar zu stellen.

Die Unterbringung von erwerbsbeschränkten Arbeitskräften ist bei der heutigen Gestaltung des Arbeitsmarktes eine sehr schwierige Frage. Nach der Richtung hin muß das öffentliche Gewissen wachgerufen, es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß auch solchen Arbeitern eine Existenzmöglichkeit geboten wird. Zu begrüßen ist, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise anfangen, sich mit dieser Frage eingehender zu beschäftigen. Auf der bayerischen Arbeitsnachweis-Konferenz in Augsburg (20. und 21. Mai 1913) führte der Referent, Rechtsrat Dr. Müller-Ludwigshafen aus:

„Eine weitere Aufgabe von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit auf dem Gebiete der Beschaffung von Arbeit durch Staat und Gemeinde erwächst in der Zukunft auch noch gegenüber den erwerbsbeschränkten Arbeitskräften. Alle größeren Arbeitsnachweise machen täglich die Erfahrung, daß Personen bei ihnen um Arbeit nachfragen, die zwar nicht mehr voll arbeitsfähig, aber auch noch nicht so erwerbsunfähig sind, daß sie als invalide oder armenunterstützungswürdig angesehen werden können. Es handelt sich meist um Leute in vorgerückten Lebensjahren, besonders solche Ende der 40er und in den 50er Jahren stehende, die trotz eifriger eigener Bemühungen sowie nachhaltiger Arbeit der Arbeitsstellen nur äußerst schwer bei dem privaten Unternehmertum unterzubringen sind. Bei Erforschung ihrer Lebensverhältnisse gewinnt man manchmal den Eindruck, daß es sich hier um Leute handelt, die bei der Industrie abgelegt wurden, weil ein großer Teil der Industriellen — ich sage hier ausdrücklich nicht alle, denn es gibt auch hier manche rühmliche Ausnahmen — es vorzieht, möglichst mit in Vollkraft der Jahre und der Arbeitskraft stehenden Arbeitern ihr Unternehmen zu betreiben und dieses mit solchen durch das Lebensalter oder sonstigen Gebrechen in ihrer Arbeitsfähigkeit herabgesetzten Elementen nicht zu belasten.“ Der Referent wies weiter darauf hin, daß Staat und Gemeinde sich auch vielfach sträuben, derartige Kräfte einzustellen, trotzdem manche untergeordnete Posten von ihnen gut versehen werden könnten. Durch eine planmäßige Organisation oder durch Gesetz oder Verordnung könne hier, ähnlich wie bei den Militärämtern, eingegriffen werden. — Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade Staat und Gemeinde auf dem Gebiet besondere Verpflichtungen haben. Das verbindet aber die Privatunternehmer keineswegs von der moralischen Verantwortung, die von ihnen in der Vollkraft des Lebens beschäftigten Arbeiter auch darüber hinaus im Dienste zu behalten, solange sie noch zu irgend einer Arbeit willig und fähig sind.

Im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften ist den Genossen kein Mittel zu schlecht. Wenn es ihren Zwecken dienlich erscheint, scheuen sie nicht einmal vor persönlichen Beleidigungen und Verbädigungen zurück. Das zeigt sich wieder einmal klar und deutlich aus der im Pechelbronner Petroleumgebiet angewandten Agitationspraxis.

Als zu Anfang dieses Jahres der christliche Fabrikarbeiterverband in diesem Gebiet erneut unter den Petroleumarbeitern die Agitationsarbeit aufnahm, sahen die Genossen — d. h. der rote Fabrikarbeiterverband — sich in ihren Positionen bedroht, und flugs wurde ein ganzes Heer von Gewerkschafts- und Parteigenossen auf-

gebeten, um den Arbeitern vor dem christlichen Verband gruselig zu machen. Als alles nichts fruchten wollte und die ganze Veredamtheit der Genossenagitatoren an den noch gut christlich gesinnten Arbeitern des Pechelbronner Gebietes wirkungslos abprallte, griff man zu gemeinen Verleumdungen und Verbädigungen. Dreißig und froch, wie die meisten Genossen nun einmal sind, wurde in den Versammlungen die Behauptung aufgestellt:

„Der Bezirksleiter Heinrich Kuhn aus Frankfurt habe früher die Arbeiter an die Unternehmern verraten, weil er sich im Automobil des Direktors habe an die Bahn fahren lassen.“

Natürlich ist davon kein einziges Wort wahr. Nichtsdestoweniger haben diese Behauptungen unter den Arbeitern einige Verurteilungen hervorgerufen. Um nun die Sache klar zu stellen und den Genossen Gelegenheit zu geben, ihre Verbädigungen zu beweisen, strengte Kuhn gegen die Verbreiter der oben bezeichneten Schauermaße Klage wegen verleumderischer Beleidigung an. In der Sache stand nun am Donnerstag, den 27. August, vor dem Schöffengericht Sulz u. Wald i. Gl. Termin an. Auf der Anklagebank saß der Gewerkschaftsbeamte Max Ziegler in Strahburg vom roten Fabrikarbeiterverband. Der Gerichtsvorsitzende machte einen Vergleichsvorschlag und stellte an den Privatkläger die Frage, ob er Wert darauf lege, daß der Angeklagte Ziegler bestraft werde? Kuhn erklärte, daß es ihm auf eine Bestrafung des Angeklagten nicht ankomme; worauf es ihm in der Hauptsache ankomme, sei, daß der in die Welt gesetzte „Lügen-Ente“ der Hals umgedreht werde. Der Angeklagte bestritt entschieden die Ausfertigungen, wie sie ihm zur Last gelegt werden, getan zu haben. Es habe ihm fern gelegen, Kuhn zu beleidigen. Darauf kam zwischen den Parteien folgender Vergleich zustande:

„Der Angeklagte Ziegler erklärt, daß er die in der Privatklage ihm zur Last gelegten Behauptungen: Privatkläger habe sich gelegentlich der Lohnbewegung 1907 im Pechelbronner Gebiet von einem Fabrikdirektor im Automobil fahren und zum Schaden der Arbeiter beeinflussen lassen, soweit er sie gemacht haben sollte, nicht aufrecht erhält. Der Angeklagte übernimmt die Kosten.“

Als dem geschilderten Vorgang und dem Vergleich ist ohne weiteres zu ersehen, wie leichtfertig die Genossen ihre Gegner verbädigen, um — einmal beim Widel gepackt — sich als die verfolgte Inschuld hinzustellen. Öffentlich ist dem Genossen Ziegler zum Bewußtsein gekommen, daß die christlichen Gewerkschaftsführer noch nicht vogelfrei sind. Die christlich-nationalen Arbeiter aber mögen aus den geschilderten Tatsachen ersehen, wie skrupellos auf sozialdemokratischer Seite die Agitation betrieben wird. Dieses soll sie veranlassen, die Reihen der christlichen Gewerkschaften immer mehr zu stärken, um der sozialdemokratischen Hochflut einen Damm entgegenzustellen.

Aus unserer Industrie.

Ueberraschungen am Baumwollwarenmarkt.

Unter dieser Ueberschrift wird in einem Teile der Textilsachpresse ein Artikel veröffentlicht, der auch für unsere Leser von Interesse ist. Obgleich wir die darin ausgesprochenen Klagen über verlustbringende Preise als stark übertrieben ansehen, bringen wir den Artikel doch zum Abdruck, da er auf manche, zur Beurteilung der Geschäftslage richtige Momente hinweist.

Die Theorie von der Abhängigkeit des Fertigprodukts vom Rohstoff im Preise wird von den am Baumwollwarenmarkt eingetretenen Ereignissen vollständig über den Haufen geworfen. So interessant auch die Preisanalyse des Rohstoffmarktes, der Fabrikation und des Handels ist, so bedeutsam sind die Gegenfätze, die sich bei kritischer Untersuchung ergeben. Für alle, die noch nicht daran glauben wollen, ergibt sich als Resultat die Tatsache, daß das Baumwollwarengeschäft unter den heutigen ungesunden Verhältnissen in Deutschland auf beinahe rein spekulativer Grundlage aufgebaut ist und unter so sonderbarer Konstellation arbeitet, daß der Baumwollwarenhandel innerhalb sechs Jahren nun zum dritten Mal mit Verlust Bilanz ziehen muß; zum ersten Male im Jahre 1907, dann 1911 und jetzt 1913. Merkwürdig ist hierbei, daß in den Jahren 1907 und 1911 Spinner, Weber und Händler von den Verlusten betroffen wurden, daß aber in diesem Jahre der Großhandel allein in Mitleidenenschaft gezogen wird, während die Spinner und Weber mit einem blauen Auge davon kommen. Das kommt daher, daß die

Preisentwicklung des Rohstoffes

eine dem Halb- und Fertig-Fabrikat entgegengesetzte Richtung einschlägt. Die folgende Tabelle möge das illustrieren:

	Rohbaumw. pro Pfd. in Pfg. (Mland middl. in Bremen)	20er Troffelwater pro Pfd. (euglich in Pfennigen)	88 cm 16/16 bis 20/20er (Erdmann aus amerikan. Baumwolle, pro Meter Pfg.)	92 cm 19/18 glatte (Kattun) oder (Cottis) Baumwolle, pro Meter Pfg.
7. August 1911	66.1/4	92-94	29.3/4-30	22.3/4-23
12. August 1912	65.1/4	89-91	31-31.1/2	25-25.1/2
13. Juni 1913	65.1/4	92-95	31.1/2-31.3/4	25.1/2-25.3/4
11. August 1913	61	84.3/4-86	28.1/2-29	22.1/2-23

Während Rohbaumwolle seit Januar nur ca. 4 Pfg. pro Pfund im Preise gesunken ist, sind Garne um 10 Pfg. pro Pfund zurückgegangen, und Rohgewebe haben um 3 Pfg. pro Meter im Preise nachgelassen. In Prozenten ausgedrückt, beträgt der Rückgang

- bei Rohbaumwolle ca. 6 Prozent,
- „ Garnen „ 10 „
- „ Eröttonne „ 10 „
- „ Kattunen „ 12 „

Ohne weiteres ist also der Rückgang der Rohgewebepreise nicht auf die Preisbasis der Rohbaumwolle zurück-

zuföhren, sondern lediglich auf das Nachlassen der allgemeinen Konjunktur, sowie auf die Abnahme der Nachfrage nach Baumwollgeweben. Der Preisrückgang der Garne ist der Einfuhr österreicherischer Garne zum Teil zuzuschreiben und ebenso der Zurückhaltung der Weber, die glauben noch billiger ankommen zu können, da man ein Nachlassen der Rohbaumwollpreise erhofft. Dabei können die deutschen Spinner ihre Spindeln noch mit der Ausführung alter Kontrakte beschäftigen, nur neue Aufträge gehen solange nicht ein, bis der Rohstoffmarkt geklärt ist. Die

Öffnung auf billige Rohbaumwollpreise

stützt sich auf folgende Argumente:

1. Die sichtbaren und unsichtbaren Weltvorräte sind so groß wie noch nie zuvor. Sie betragen am 1. März d. J. insgesamt 9594 000 Ballen Baumwolle: davon waren allein 7388 000 Ballen amerikanischer Provenienz.
2. Sowohl der Ertrag der ägyptischen wie der ostindischen Baumwollernte wird wesentlich größer ausfallen wie im Vorjahre.
3. Der Stand der amerikanischen Pflanzen ist ein derartiger, daß heute mit einem Ertrag von 15 Mill. Ballen zu rechnen ist, gegen 14 Mill. Ballen im Vorjahre und 16 Mill. Ballen im Jahre 1911.
4. Die allgemeine Konjunktur hält die Nachfrage unter Druck.
5. Die reichlichen Baumwollvorräte in Spinnerhänden verhindern einen plötzlichen Ansturm und eine überreife Nachfrage nach Baumwolle neuer Ernte.
6. Der internationale hohe Geldstand ist der Voraussetzung von Baumwolle im Wege, sodaß die Planzer darauf angewiesen sind, ihr Produkt rasch an den Markt zu bringen; sie können also die Baumwolle nicht künstlich zurückhalten. Große Zufuhren pflegen aber stets auf den Preis zu drücken.

Diesen Baiffe-Gesichtspunkten stehen folgende Sauffemomente

- I. Trotz der enormen Vorräte an Baumwolle aller Ernten sind verspinnbare gute Qualitäten nicht im Ueberfluß vorhanden, sonst würde die Spannung zwischen der Middling-Qualität und den besseren Sorten nicht so groß sein. Heute beträgt die Differenz zwischen middling und fully gulf middling über 3 Pfg. gegen sonst ca. 2 Pfg.
 - II. Die Industrie braucht von Jahr zu Jahr mehr Baumwollgewebe, so daß bei dem noch steigenden Kleidungsbedarf der Baumwollbedarf andauernd in der Zunahme begriffen ist.
 - III. Der Balkanfriede dürfte belebend auf die Nachfrage nach Baumwollgeweben einwirken, da unfraglich die durch den Krieg ramponierte Kleidung bringenden Ersatz nötig macht.
 - IV. Die gegenwärtige Mode begünstigt die Baumwollstoffe, z. B. Käll, Krepp, Velvet und Frotte: diese vier Artikel werden auch viel aus Wolle hergestellt, doch sind Wollgarne so teuer geworden, daß notwendigerweise die billigeren Baumwollfabrikate dazu berufen sind, die teureren Wollstoffe zu verdrängen und zu ersetzen.
- Wenn man diese Momente gegeneinander abwägt, so kann man sich vernünftigerweise nicht der Ansicht verschließen, daß die Waagschale sich nach der Baiffeseite neigt, so daß wir, vorausgesetzt, daß die amerikanische Ernte gut ausfällt,

niedrigere Rohstoffnotierungen bekommen.

Wenn man die heutige Preisbasis der Baumwolle der Berechnung des Spinnlohnes zugrunde legt, so ergibt sich, daß die Spinner noch ca. 20 Pfg. Spinnlohn trotz der gemittelten Garnpreise erhalten. Dieser Betrag schließt die Spinner gerade noch vor Verlusten, so daß die Spinner bis jetzt von der sinkenden Konjunktur unberührt bleiben, da sie, wie schon bemerkt, noch günstige Kontrakte laufen haben. Die Rohweberereien sind ebenfalls noch ziemlich gut beschäftigt, nur bleiben vorläufig neue Bestellungen aus. Diejenigen Webereien, die nur mit Ausstr., ern und Großstücken arbeiten, dürften nur kleine Abschreibungen zu machen haben, da sie, wie die Spinner, über keine bedeutenden Warenlager verfügen. Jedoch die Webereien, die in direkter Verbindung mit dem Detailhandel stehen, werden dieselben großen Verluste erleiden, wie die Großhändler. Letztere sind besonders schlimm daran, weil sie von den Ereignissen überumpelt wurden. Erpben die oben in der Tabelle enthaltenen Preise sich für Lieferungen von Rohgeweben neuer Ernte verhalten, zum größten Teil also für das Jahr 1914, und alte Abschlässe von den Großstücken, die in ausgereifter Ware 1/4 Jahre voraus zu disponieren gezwungen sind, noch zu den alten Preisen abgenommen werden müssen, haben einige Berliner Großfirmen für sofort

Preisermäßigungen von 2 bis 5 Prozent

eintreten lassen, nicht nur auf neue Abschlässe, sondern sogar auf laufende Aufträge, soweit sie noch nicht ausgeführt sind, und zwar nicht in Rohgeweben, sondern — und darin liegt das Unwirtschaftliche — in Fertigware, in hant ausgerüsteten und bedruckten Baumwollwaren. Die Großstücken haben also in unläufmännischer Weise eine Baiffelkaufsel mit rückwirkender Kraft eintreten lassen, ein Verfahren, das man in der Industrie nicht kennt und das im Baumwollwarenhandel als ein Ueberbleibsel aus alter Zeit anzusehen ist. So unlogisch es wirtschaftlich auch ist, daß mit einem Preisrückgang der Rohware auch sofort die Fertigware im Preise nachläßt, so ist doch der Großhandel den Verlusten preisgegeben, nachdem einige maßgebende Großfirmen ohne Grund die fallende Konjunktur spontan auf den Fertigwarenmarkt übertragen haben.

Zu bemerken wäre noch, daß das

Sinken der Rohlaturne

um 3 Pfg. wohl auf die kleinen Orders der Rathambederereien zurückzuführen ist. Diese haben in den letzten

Jahren riesige Quantitäten Rohlaturne bestellt, weil wir eine ausgesprochene Rattunmode hatten. In diesem Sommer hat sich aber das Blatt gewendet, Kleiderlaturne als Modeartikel sind in den Hintergrund getreten und von anderen Baumwollstoffen, wie Krepp, Frotte und Wolle, verdrängt worden. Der Baumwollkonsum hat dadurch nicht nachgelassen, und die Spinnerereien leiden nicht darunter, während die Webereien der neuen Mode-richtung Rechnung tragen müssen.

Im Verhältnis zur Rohbaumwolle sind die heutigen Rohgewebepreise als billig anzusehen; da ferner die Nachfrage bald einsehen muß, so erscheint die Ethbedung in Rohgeweben zu den jetzigen Preisen als zweckmäßig, da ein bedeutendes Konjunkturrisiko bei dieser Preisbasis nicht mehr vorhanden ist.

500 Millionen Mark für Neugründungen und Kapitalserhöhungen in der Textilindustrie.

Dem deutschen Textilgewerbe sind in den Jahren 1906 bis 1913 insgesamt 297,68 Mill. M. für Neugründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. zur Verfügung gestellt worden. Von dieser Summe entfallen auf Neugründungen 209,21 Mill. M. und auf Kapitalserhöhungen 88,37 Millionen Mark. In den Jahren 1906 bis 1912 und im ersten Halbjahre 1913 entwickelten sich die Neuinvestierungen wie folgt:

Jahr	Neugründungen	Kapitalserhöhungen in Mill. M.	Neuinvestierungen
1906	19,32	7,04	26,36
1907	36,81	9,90	46,71
1908	24,34	10,84	35,18
1909	22,82	15,52	38,34
1910	38,31	12,95	51,26
1911	21,58	13,80	35,38
1912	34,78	7,27	42,05
1913 I. H.	10,25	11,05	21,30

Man kann in der Textilindustrie kaum von einem zu starken Anwachsen des arbeitenden Kapitals sprechen. Das verhinderten schon die Baumwollhauffe der Jahre 1909 bis 1911, die chronische Teuerung und die politischen Sorgen der letzten Zeit. Seit dem Jahre 1912 zeigt sich ein langsames Wiedererwachen der Unternehmungskraft. Die Entwicklung der Neugründungen ergibt sich aus nachstehender Tabelle:

Jahr	Neugründungen			
	Aktiengesellschaften	Gesellschaften m. b. H.	Zahl der Kapital in Mill. M.	Zahl der Kapital in Mill. M.
1906	7	9,58	48	9,79
1907	18	26,20	44	10,61
1908	8	9,39	55	14,95
1909	12	10,51	69	12,30
1910	13	25,80	69	12,51
1911	8	4,50	91	17,07
1912	15	21,65	75	13,13
1913 I. H.	4	6,15	30	4,10

Es sind im ganzen 75 Aktiengesellschaften und 481 Gesellschaften m. b. H. seit dem Jahre 1906 neugegründet worden. Den neuen Aktiengesellschaften sind in dieser Periode 113,73 Mill. M., den Gesellschaften m. b. H. 94,46 Mill. M. zugeflossen. Die Vergleichsziffern für die Kapitalserhöhungen ergeben sich aus folgender Uebersicht:

Jahr	Kapitalserhöhungen			
	Aktiengesellschaften	Gesellschaften m. b. H.	Zahl der Kapital in Mill. M.	Zahl der Kapital in Mill. M.
1906	8	6,39	9	0,73
1907	11	9,70	3	0,19
1908	9	9,97	13	0,86
1909	14	14,23	14	1,24
1910	19	11,95	17	0,99
1911	21	13,21	18	0,95
1912	11	4,06	13	3,21
1913 I. H.	18	10,44	7	0,60

Der weitaus größte Teil der Kapitalserhöhungen entfällt auf die Aktiengesellschaften mit insgesamt 79,91 Millionen Mark, während die Kapitalserweiterungen der Gesellschaften m. b. H. nur 8,77 Mill. M. betragen.

Zur Lage der Juteindustrie

wird der B. Z. unterm 3. September aus Fachkreisen geschrieben:

Der Preis der Rohjute ist am Londoner Markt bis auf 32 Lstr. gestiegen, nachdem er sich noch zu Beginn des Jahres auf 26 Lstr. gestellt hatte. Das ist jetzt der höchste Preisstand, den Rohjute jemals erreicht hat. Die harte Hauffe des Rohmaterials hat den Verband der Deutschen Jutefabrikanten bekanntlich veranlaßt, auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen. Diese Tatsache hat das große Publikum, das den Zusammenhang der Preise für Rohjute und Jutefabrikate nicht immer richtig zu würdigen versteht, zu der Annahme verleitet, daß die mehrfachen Preiserhöhungen für Jutefabrikate nun auch für die gesamte Industrie vermehrte Gewinne zur Folge haben werden, eine Annahme, die eine weitere Stütze darin gefunden hat, daß auch die bisher veröffentlichten Semestralabschlüsse sowohl als die Abschlüsse jener großen Aktiengesellschaften, deren Geschäftsjahr am 30. Juni endet, stattliche Mehrgewinne ausgewiesen hatten. (Braunschweigische Jutefabrik 15% gegen 12%, Kasseler Jute-Spinnerei 20% gegen 12%, Berliner Jutefabrik geschätzt 5 bis 6% gegenüber vorigjähriger Dividendenlosigkeit.)

Demgegenüber dürfte es vielleicht zeitgemäß sein, darauf hinzuweisen, daß einen erhöhten Gewinn von den Rohjutepreisen nur jene Werke haben, die mehr Rohmaterial besitzen, als zur Erfüllung ihrer Kontrakte nötig ist. Daß dies bei allen Fabriken der Fall ist, ist kaum anzunehmen, denn die Preise für Standardmarken waren

schon bei Beginn des Jahres anormal hoch, und wenn auch damals die Ansicht vorherrschend war, daß Jute von der neuen Ernte nicht billiger erhältlich sein würde, hoffte man doch von der neuen Ernte einen Rückschlag der Preise, weil die neue Ernte von Anfang an recht günstig eingekauft wurde. Nach den jetzt vorliegenden offiziellen Biffern dürfte die indische Juteernte für 1911 auf Basis einer Anbaufläche von 3,19 Mill. Acres bei einem angenommenen Ertrage von 3 1/2 Ballen pro Acre 10 205 000 Ballen ergeben, gegenüber definitiven Erträgen von 10 123 000 bzw. 9 435 817 Ballen in den beiden Vorjahren. Eine aus Fachkreisen aufgestellte vorläufige Schätzung ergibt dagegen einen voraussichtlichen Juteverbrauch pro 1913/14 von nur 10 105 000 Ballen. Die Fabriken waren deshalb vorsichtig im Ankauf von Rohmaterial, zumal der Konsum nur das Allernotwendigste kaufte. Fabriken, die im Rohmaterial nicht spekulieren haben, dürften kaum zu jenen hohen Preisen mehr Rohmaterial eingekauft haben, als sie für ihre Lieferungen benötigten.

Nunmehr hat aber der Preis der Rohjute eine Rekordhöhe erreicht, und es ist begreiflich, daß die Spinnerereien aus ihrer Reserve nicht herausgegangen sind. Hauffe-Engagements zu den exorbitant hohen Preisen bergen ein großes Risiko in sich, abgesehen davon, daß der Preisverlust bei hohem Geldstand und teuren Materialpreisen doppelt fühlbar wird. Wenn daher die Fabriken wohl ausnahmslos mit den bisher erzielten Resultaten zufrieden sein werden, so steht es doch keineswegs fest, daß auch das zweite Semester ebenso gut verlaufen wird. Schon der kürzlich erschienene Geschäftsbericht der Kasseler Jute-Spinnerei hatte darauf aufmerksam gemacht, daß der allgemein beobachtete Konjunkturrückgang sich jetzt auch in der Juteindustrie bemerkbar macht, und daß die Auftragsbestände nicht unwesentlich zurückgegangen seien, was den Juteverband auch veranlaßt hat, für das dritte Quartal d. J. eine 10-prozentige Betriebseinschränkung vorzunehmen, während eine solche in den vorhergehenden Jahren nicht stattgefunden hatte. Danach scheinen die Aussichten für das zweite Semester zum mindesten noch ungeklärt zu sein.

Abfaß von Leinen-Tischzeug und Wolldecken in Italien.

Die Aufnahmefähigkeit des italienischen Marktes, namentlich in Leinenwaren, scheint seitens der deutschen Fabrikanten bisher nicht unerheblich unterschätzt worden zu sein. Der Markt in diesen Artikeln ist gut und bietet bei richtiger Organisation des Geschäfts große Absatzmöglichkeiten. Erste Voraussetzung dabei bleibt aber die Offerte in den vom Kunden geforderten Größen; diese betragen bei leinenen Tischtüchern: 180 cm Breite x 180, 180 x 225, 180 x 250 usw. Rundtücher werden in der Größe 65 x 65 cm verlangt, während die in Deutschland übliche Größe nur 60 x 60 cm beträgt. Diese letztere Größe kommt in Italien aber nicht bei leinener Ware, sondern nur bei billigen baumwollenen und halbleinernen Bedecken, die größtenteils im Lande selbst hergestellt werden, zur Anwendung.

Tischläufer bilden gleichfalls einen großen Artikel; sie werden in Italien in der Größe 30 x 130 cm verlangt, während Deutschland gewöhnlich die Größe 40 x 140 cm fabriziert.

In Leinenwaren ist eine gute, zahlungsfähige Kundschaft in Mailand vorhanden; dort befinden sich auch zuverlässige deutsche Vertreter.

Wolldecken. Während die Einfuhr nach Italien in wollenen und halbwollenen Bett- und Pferdebedecken durch die Entwicklung der inländischen Industrie sehr erschwert ist, erzielen verschiedene österreichische Fabrikanten in feinen Sorten und besonders in Kamelhaardecken noch einen guten Umsatz. Dagegen vermag die deutsche Industrie nicht aufzukommen, weil sie sich nicht entschließen will, die verlangten Größen: 170 x 200 und 240 x 280 cm, anzufertigen und nur die in Deutschland üblichen Größen: 140 x 190, 150 x 205, 160 x 225, 175 x 225, 170 x 250, 200 x 250 cm usw. anbietet.

Aus dem Verbandsgebiete.

Aus unseren Bezirken.

Eine Gaukonferenz für das badische Abtal fand am Sonntag, den 7. August, im „Wattberg“ in Etlingen statt. Als Leiter der Verhandlungen wurde Kollege Kraft-Speffart bestimmt, Schriftführer wurde Kollege Maier-Spielberg, zu Weiskern wählte die Konferenz die Kollegen Wigger-Wulenbach, Ziegler-Genrot, Späth-Sangensteinbach, Kraft-Reichenbach, ferner die Kollegin Thella-Steppe-Reichenbach. Nach herzlichem Begrüßung durch den Kollegen Kraft behandelte unser Lokalbeamter, Kollege Sauren, die Bedeutung der Neuwahlen zu den Krankenkassen. In den im Abtale bestehenden Textilbetrieben werden die bisherigen Betriebskrankenkassen bestehen bleiben, so daß sich für uns die Notwendigkeit ergibt, eifrig an den notwendigen Vorbereitungsarbeiten der Wahl zu arbeiten. Es ist das erste Mal, daß seitens der organisierten Arbeiterchaft eine planmäßige Vorbereitung der Wahl in die Wege geleitet worden ist. Bei allseitiger Mitarbeit der Arbeiterschaft wird die Wahl mit einem zufriedenstellenden Resultat endigen. Eine genaue Aufstellung der Wahlliste ist erfolgt, es heißt nunmehr, kräftig für die dort aufgestellten Kandidaten zu agitieren. Ueber den zweiten Punkt, „Die Volksversicherung“, referierte Gesamtverbandssekretär Erising aus Karlsruhe. Redner behandelte die verschiedenen Arten der Volksversicherung und ihre Vorteile. Für uns als Mitglieder der christlichen Gewerkschaften kann lediglich die „Deutsche Volksversicherung A.-G.“ in Betracht kommen. Wer sich versichern will, soll sich dieser Volksversicherung

anschließen. Die nachfolgende Diskussion beschloß die beiden Hauptpunkte.

Sodann wurde der gegenwärtige Stand unserer Bewegung und das Vorgehen der Genossen einer eingehenden Besprechung unterzogen. Allgemein fand das Gebahren der Sozialdemokraten die denkbar schärfste Verurteilung. Es ist das unrichtliche Verdienst des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, Uneinigkeit in die Arbeiterchaft hineinzubringen. Gerade der gegenwärtige Zeitpunkt, wo die Situation eine so kritische ist, wird benutzt, um einen Keil in die Arbeiterchaft einzutreiben. Jahrelang hat der „deutsche“ Verband zugehört, wie im Abtale sich die Verhältnisse verschlechterten, aber niemals hat er sich um die Abtaler Arbeiterchaft gekümmert. Nun aber, wo die Lohnbewegung noch nicht abgeschlossen ist, glaubt der „deutsche“ Verband mit Flugblättern und Zeitungsaufstellungen im Abtale keine Verantwortung zu tragen, darum versucht er, die Arbeiter durcheinander zu heizen. Das soll den Genossen nicht gelingen; sie werden auf Granit beißen.

Alle Anwesenden waren von dem Gedanken getragen, in der Zukunft um so fester zusammenzuhalten und um so eifriger zu agitieren. Alle Redner sprachen sich in diesem Sinne aus. Zum Schluß resümierte der Vortragende noch einmal alles Besprochene, und in dem Gedanken, auch in Zukunft ein einzig Volk von Brüdern und Schwestern zu sein, fand nach Abklingen eines Verbandsliedes die Konferenz ihren Abschluß.

Christlich-nationaler Arbeitertag in Eschweiler.

II.

Nach dem Vortrage der Kollegin Harber nahm Dr. Nieder-M. Glabach das Wort zur Behandlung des Themas: Die christlich-nationale Arbeiterbewegung als Kulturbewegung. Er führte ungefähr folgendes aus:

Ein Frauenmund hat gesprochen, und er hat sehr gut gesprochen. (Bravo!) Da kann sich der Männermund kürzer fassen. Gewonnen hattet Ihr alle bei mir, als heute der stattliche Festzug vorüberzog, so stramm und geschlossen, als ging's zur Parade. Durch das Regenwetter lassen wir uns die gute Laune nicht nehmen; denn bei schönem Wetter kann der dümmste Kerl ein hohes Gesicht machen. Eigentlich kommt der Regen mir sehr gelegen. Wir leben im Jubiläumsjahr 1813—1913, und wisst Ihr, wann 1813 der alte Blücher seinen schönsten Sieg gewann? Das war an der Kahlbach, als es so fürchterlich regnete. (Heiterkeit.) — Das Wort cultura heißt: Ausbildung, Entfaltung.

Alle guten Kräfte des einzelnen Menschen und der gesamten Menschheit sollen entfaltet werden.

Die Kräfte des Geistes verlangen nach geistiger Kultur. Ihre Pflege ist das eigentliche Gebiet der konfessionellen Arbeitervereine, weil der religiöse Indifferentismus die Erreichung des höchsten Kulturzieles unmöglich macht. Unter den Kräften des Geistes verlangt der Verstand nach Wissen und Wahrheit. Zu seiner Befriedigung sollen die konfessionellen Vereine durch Vorträge, Lichtbildvorstellungen usw. beitragen. Auf diesem Gebiete, besonders aber in der Popularisierung der Ergebnisse der Naturwissenschaften gibt sich die Sozialdemokratie große Mühe. Um ihren Bestrebungen zu begegnen, müssen die konfessionellen Vereine um so größere Anstrengungen machen. Neben dem Bestande nimmt der Verstand eine Hauptstellung in unserem Geiste ein. Er ist gleichsam der Motor unseres geistigen Wesens, wie schon der Name sagt, der Wille muß wählen. Und er kann wählen. Die Tatsachenbeobachtung im eigenen geistigen Leben und der Mitmenschen zeigt uns, daß der Wille nicht immer das Richtige wählt. Er ist blind, er braucht Führung, er braucht Marksteine und ein Ziel. Überall erschallt heute der Ruf von der „Kultur des Willens“. Auch in der Kultur des Willens stehen die konfessionellen Vereine nicht zurück. In der christlich-nationalen Arbeiterchaft denkt man aber auch an die Pflege des Gemütes. Das Gemüt verlangt nach Freude, Schönheit, Kunst, Loslösung von dem harten Joch der Arbeit. Bei den Bemühungen der sozialdemokratischen Vereine auf diesem Gebiete muß man feststellen, daß ihrer ästhetischen Kultur die Seele fehlt, die erfüllt ist vom Gottesgedanken. Der Sozialdemokrat vermag nicht die hohe Bedeutung des christlichen Sonntages für die höchste ästhetische Kultur zu würdigen. Verstandes- und Willenskultur des Gemütes bilden in der richtigen Harmonisierung die Kultur der ganzen Persönlichkeit. Das moderne Schlagwort heißt ja:

Persönlichkeitskultur.

Welche Persönlichkeit vermag nun die sozialistische Weltanschauung ihrer gläubig anschauenden Gefolgschaft zu bieten? — Gewiß, auf jener Seite preist man mit Recht die guten Tugenden ihrer führenden Männer. Wir wollen zugeben, daß aus diesen Persönlichkeiten vorbildliche Tugenden der Jugend geboten werden können. Aber wo ist das überwältigende Hoheitsvolle, wie wir es in Jesus Christus haben? (Bravo!) Die Persönlichkeit Christi ist es, die die Geister schneidet; hier gähnt der Abgrund zwischen der christlich-nationalen Arbeiterchaft und der sozialistischen Welt, die da sagt:

Nur das Einmaleins soll gelten
Hegel, Balze, Rad und Hammer,
Alles andere, über Planer,
Flackere in der Feuerlampe.

Der Geist braucht zu seiner Entfaltung die nötigen materiellen Unterlagen. Zu dem Gebiete der materiellen Kultur gehört also vor allem die Schaffung der Lebensmittel. Hier ist das eigentliche Gebiet der geschäftlichen Vereinigungen innerhalb der christlich-nationalen Arbeiterchaft.

Die Gewerkschaft hat als Hauptaufgabe,

zu schauen auf die Produktion der Güter, auf die Ausnutzung der Naturkräfte zur Produktion der Güter und dann danach zu streben, den Anteil des Arbeiters an den produzierten Gütern möglichst günstig zu gestalten.

Wenn der moderne Lohnarbeiter nicht völlig einflußlos werden soll, so muß er sich mit seinen Berufskollegen zusammenschließen, um sich zur Geltung zu bringen. Die Lohnarbeiter als die verhältnismäßig schwächsten Arbeiter, hätten eigentlich alle restlos zu einer einzigen wirtschaftlichen Vereinigung zusammengefaßt werden müssen. Das wäre im Interesse ihrer Wirksamkeit und ihres Einflusses zu wünschen gewesen. Jedoch die ältesten wirtschaftlichen Zusammenfassungen der Industriearbeiter, die freien Gewerkschaften, haben sich leider sehr bald vom sozialistischen Geiste zu sehr beeinflussen lassen. So wurden die freien Gewerkschaften unerschütterlich für die christlich-nationalen gesinnten Arbeiter beider Konfessionen. Sie schufen sich in schweren Kämpfen eine gemeinsame, leistungsfähige, gewerkschaftliche Vereinigung. Sie nannten sie „christlich“, um den gemeinsamen Gegensatz zur christentumsfremden Sozialdemokratie hervorzuheben und zugleich auch ihre freundschaftlichen Beziehungen zu den konfessionellen Vereinen auszudrücken, denen der Hauptbestand ihrer Mitglieder angehörte und auf deren Unterstützung sie dauernd angewiesen waren. Bald sind es 20 Jahre, daß diese christlich-nationalen Gewerkschaften sich als praktisch wirksam bewährt und den neben ihnen stehenden konfessionellen Vereinen nicht im mindesten geschadet haben. In markanter Weise heben sich die christlich-nationalen Gewerkschaften in dem, was sie in der materiellen Kultur für ihre Mitglieder bieten, von den sozialistischen ab. Die christlich-nationalen Gewerkschaften helfen die Grundlagen unserer Wirtschaftsbüße schärfen.

In diesem Zusammenhang ein Wort über

die so viel besprochene Gewerkschafts-Enzyklika,

besonders gegenüber den Aufhebungsvorschlägen der sozialdemokratischen Presse. Sind doch hier wohl über 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder Katholiken und zwar solche, die fast bis auf den letzten Mann auch ihren kirchlichen Vereinen seit Jahrzehnten sich widmen, und die sich rühmen dürfen, in der lebendigen Treue zur Kirche und ihrem Oberhaupt von niemand in der Welt übertroffen zu sein. (Bravo!) Sozialdemokratische Blätter bemühen sich und bemühen sich noch, gerade gestützt auf die sogenannte Gewerkschafts-Enzyklika des Oberhauptes der katholischen Kirche, die evangelischen Arbeiter in den christlich-nationalen Gewerkschaften mißtrauisch zu machen. Die bekanntesten Verleumdungsphrasen brauche ich nicht zu wiederholen. Die anwesenden evangelischen Arbeiter kennen den roten Wortschatz auch in dieser Hinsicht genügend. Aber auch die katholischen Arbeiter sucht die sozialdemokratische Presse und mit ihr manche andere, die sonst den christlichen Gewerkschaften keine Günstigkeit, scharf zu machen gegen das Rundschreiben ihres kirchlichen Oberhauptes. Sie verspottet mit leicht zu durchschauender Nebenabsicht die „Schafsgeduld“, mit der sich zielbewusste Gewerkschaftler derartiges bieten lassen und dergleichen anmutige Nebenarten mehr. Als Antwort gilt folgendes: Wenn die Oberleitung der evangelischen Konfessionsgemeinschaft den evangelischen Arbeitern irgend eine religiöse Belehrung oder Ermahnung gibt, so ist das doch offenbar eine konfessionelle Angelegenheit der evangelischen Seite. Ein derartiger Vorgang geht doch sonst niemanden an, am allerwenigsten die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Wenn nun das kirchliche Oberhaupt der gläubigen Katholiken in seiner Eigenschaft als oberster Hirte und Lehrer eine Belehrung oder Ermahnung erteilt, dann ist das doch offenbar eine konfessionelle Angelegenheit der Katholiken und sie geht niemanden etwas an, am allerwenigsten die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Uebrigens bei allem Lärm und Hin und Her wollen wir doch folgendes nicht aus dem Auge verlieren: Grundförmlich erkennt die Enzyklika an: die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter auch zu wirtschaftlichen Zwecken, d. h. zur Gewinnung von Einfluß auf Lohn, Arbeitszeit, Behandlung, überhaupt Gestaltung des ganzen Arbeitsverhältnisses. Wenn dabei die Beachtung der Grundsätze der Gerechtigkeit und Liebe besonders eingeschärft werden, so ist dies doch im Hinblick auf eine religiöse Oberleitung eine durchaus achtungswürdige Vorgangsweise. (Sehr richtig!)

Die Gewerkschafts-Enzyklika erkennt auch klar und deutlich an, daß zum Wohl der Gesamtheit in staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Fragen Katholiken und Nichtkatholiken in einem so konfessionell gemischten Reiche zusammenwirken müssen. Wer wird es denn der obersten Leitung einer konfessionellen Gemeinschaft verargen, daß sie dabei darauf hinweist, es müsse bei solchem Zusammenwirken der Indifferentismus, die Gleichgültigkeit in Glaubens- und Sittenlehren und Gehorsamspflichten gegen die kirchliche Obrigkeit mit aller Wachsamkeit vermieden werden. Wer will der obersten Leitung einer Konfession verwehren, solches ihren in freier Glaubensüberzeugung sich unterstellenden Zugehörigen einzuschärfen. (Sehr richtig!) Schließlich gibt die Gewerkschafts-Enzyklika im Hinblick auf die tatsächliche Mischung der Konfessionen im deutschen Wirtschaftsleben, unter Berufung auf die Erklärung vieler deutscher Bischöfe, ihren Glaubensangehörigen in aller Form die Erlaubnis zur Mitarbeit in den konfessionell gemischten Gewerkschaften. Dazu wünscht sie ausdrücklich: die gewerkschaftlich organisierten katholischen Arbeiter möchten gleichzeitig auch zu ihrer religiösen Festigung, Vertiefung und Entfaltung den konfessionellen Vereinen sich anschließen. Welcher katholische Arbeiter dieses Bezirkes wird diese Forderung als besonders neu und erstaunlich empfinden? Durch bald 20 Jahre hindurch haben die in den interkonfessionellen Gewerkschaften organisierten katholischen Arbeiter ihre besonderen katholischen Ständevereine und höchsten religiösen Vereine zur schönsten Blüte bringen helfen. Sie werden auch in Zukunft — dies praktisch-sichere Bewußt-

sein darf gehegt werden — keine Gefährdung ihrer religiösen und politischen Ueberzeugung in der Gewerkschaft dulden. Die Gewerkschaft selbst muß sich hüten vor weiterer Abspaltung — das wäre Selbstmord.

Eine gewisse Vollenbung irdischen Kulturlebens — so fuhr der Redner weiter fort — muß sich durch

eine gute soziale Kultur

offenbaren. Die richtige und möglichst menschenwürdige Ordnung des Zusammenlebens kultivierter Menschen, das ist soziale Kultur. Noch zur rechten Zeit erhob gegenüber den sozialistischen Ideen über die Güterverteilung und Güterverteilung die christliche Arbeiterbewegung ihre Stimme, nicht nur für eine der Gegenwartsordnung vorbauende Sozialpolitik für alle erwerbenden Stände. Sie ist damit ein hervorragender Faktor der politischen Kultur geworden. Unermüdbliche Wächter sind die christlich-nationalen Heerscharen für die Krone der sozialen Kultur, für ein gediegenes Familienleben, das ja der Herzpunkt der sozialen Kultur ist. Der Sozialismus scheidet aus dem Familienleben das Christentum aus und erhebt den Materialismus auch zur leitenden Idee für das Familienleben. Die christliche Form der Ehe soll ersetzt werden durch eine freiere.

Auch sozialistische Frauen ziehen aus der sozialistischen Theorie ihre Folgerungen, die mit der christlichen Sittenlehre im schreiendsten Widerspruch stehen.

Da der berühmte Wiener Volkswirtschaftslehrer Philippovich die Keuherung tat, daß die Ehescheidungen ein Zeichen der sich zersetzenden Kultur seien, hielt ihm Bebel entgegen, daß er gerade das Gegenteil meine. Es liegt auch ein bedauerlicher Zynismus darin, wenn Abgeordneter Bebel dem die Bemerkung beifügt: Der Gesamteindruck unserer Menschen ist ein derartiges, ungebundenes freies Leben nicht möglich; erst dann, wenn der Sozialismus die wirtschaftliche Vorbedingung dazu geboten hat. Wahrhaftig eine verlockende Aussicht! Eine auffällige Tatsache will ich allerdings hier stark hervorheben: Der Verfasser des verberblichen Buches: Frau und Sozialismus, August Bebel selbst, hat, soviel ich weiß, immer ein anständiges Familienleben geführt. Wir erkennen das mit Freude an. Aber eine gewisse Empörung möchte einem gleichwohl aus der Seele flammen: Es hat also August Bebel für sich und seine eigene Familie es vorgezogen, nach dem guten, alten, christlichen Rezept der ehelichen Treue und Ausdauer zu leben. Der großen Masse des Volkes wirft er ein anderes Rezept hin: das giftige Rezept sinnlicher Ungebundenheit eines materialistischen Lebens und einer alle Familienfundamente zertwählenden freien Liebe.

Nach den bisherigen Darlegungen ist es wahrhaftig nicht zu viel gesagt, wenn wir betonen,

der Sozialismus ist eine Rückkehr der Menschheit zur Unkultur,

ja ob gewollt oder nicht gewollt, zur Barbarei. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist ein aus der Arbeiterchaft selbst hervorgegangener Widerspruch gegen diese grundverkehrte Bestrebung.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat es gebracht auf über 300 000 Mitglieder, sie verfügt über einen Massenbestand von über 7 Millionen Mark. Die evangelischen konfessionellen Arbeitervereine zählen über 165 000, die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, die in unserm Bezirke hier besonders in Frage kommen, verfügen über die Mitgliederzahl von über 545 000. Die konfessionellen Vereine wie die interkonfessionellen Gewerkschaften sind sich bewußt, daß sie in enger Fühlungnahme miteinander die Garantie für eine erfolgreiche Abwehr der sozialdemokratischen Hochflut haben. Hunderte, ja Tausende stehen heute im sozialistischen Lager, die nicht dorthin gehören, die an unsere Seite gehören. Gar viele wären überhaupt nie dorthin gekommen, wenn alle, die unsere Ideale teilen, rechtzeitig und furchtlos ihre Persönlichkeit an der Arbeitsstätte und in der Öffentlichkeit zur Geltung gebracht. Darum tiefe, echte Persönlichkeitskultur im konfessionellen Verein und dann hinein in das notwendige Zusammenarbeiten. — Mit Gott voran! — (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen folgte den Worten des Redners.)

Ueber eine Stunde hatte Herr Dr. Nieder gesprochen, und obwohl draußen inzwischen der Regen ausgehört hatte und Mistel und tuerische Vorführungen luden, standen die Zuhörer im Zelt in drangvoll fürchterlicher Enge, und außerhalb des Zeltes setzte sich ihre Zahl fort so weit, als nur die Worte des begeisterten Redners noch eben zu verstehen waren. Gewerkschaftssekretär Michel dankte unter stürmischer Zustimmung dem Redner und bat, die Ideale der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hoch zu halten; ihr widmete er auch ein brauend aufgenommenes Hoch. Draußen konzertierte die städtische Kapelle aus Eschweiler und zwischen den einzelnen Nummern führten Turnabteilungen der katholischen Junglingsvereine Freiübungen auf, die allenthalben laut Anerkennung fanden; besonders die gestellten Pyramiden wurden durch herzlichen Beifall ausgezeichnet. Ganz hervorragenden Anteil an der Verschönerung des Festes hatte der aus den Männergesangsvereinen „Sängerkreis“ - Düren und „Constantia“ - Birlesdorf gebildete Sängchor unter der Leitung des Herrn Willstein, der bekanntlich in beiden Vereinen dirigiert. Schon „Der frohe Wandersmann“ von Mendelssohn-Bartholdy gewann den Sängern aller Herzen. Es folgten der prächtige Männerchor „Am schönen Rhein“ von Hanfen und der mit jubelnder Begeisterung vorgetragene Chor „Mein ist die Welt“ von Curti. Beim Singen im Freien, zumal wenn die Windrichtung für die Auffstellung ungünstig ist, gehen die dynamischen Schattierungen und Feinheiten leicht verloren; aber Herr Willstein verstand es ausgezeichnet, sich den ungünstigen Verhältnissen anzupassen. So kam der Chor „Eklein von Laub“ von Falke sehr gut zur Geltung und ebenso Säckers „Nun leb' wohl“, du keine Gaffe“. Als aber „Lühows tolle Jagd“ von Weber verklungen war, da wollte der Beifall kein Ende nehmen,

